

03
2024

lautstark.

DEIN MITGLIEDERMAGAZIN



Wie Übergänge gelingen

PERSONALRATSWAHL

Gute Ergebnisse für
Personalräte der GEW NRW

GEWERKSCHAFTSTAG

Beschlüsse rücken
Demokratie in den Mittelpunkt

PERSONALIE

Neue stellvertretende
Vorsitzende gewählt

TEAMPLAYER? WIR AUCH.



Foto: iStock.com / lorenzantonucci

JETZT NEUE KOLLEG*INNEN WERBEN UND TOLLE PRÄMIEN SICHERN!

Bei allen Kolleg*innen, die neue Mitglieder für die GEW NRW gewinnen, bedanken wir uns mit einer tollen Prämie. Wie wär's mit dem Outdoor-Spiel *Kubb*, auch bekannt als Wikingerschach?

Diese und viele weitere Prämien findest du unter gew-nrw.de/mitglieder-werben



Übergang

Substantiv, maskulin [der]

Bedeutung:

Wechsel zu etwas anderem, Neuem,
in ein anderes Stadium

Bruch

Substantiv, maskulin [der]

Bedeutung:

Unterbrechung, Einschnitt,
nicht stringente Abfolge



Wie Übergänge gelingen

Entlang des Bildungswegs und im Verlauf des Lebens gibt es immer wieder Übergänge, die maßgeblich die (Bildungs-)Biografien von Kindern und Jugendlichen beeinflussen. Welche Akteur*innen gestalten solche Momente der Veränderung im Bildungssystem und in unserer Gesellschaft? Und wie? Was passiert, wenn sich Schüler*innen im längeren gemeinsamen Lernen (fast) ohne Brüche entwickeln können? Sind holprige Übergänge – Brüche – per se problematisch? Und was bedeuten Übergänge für Beschäftigte im Bildungsbereich, beispielsweise bei einer Versetzung?

EINMISCHEN

Politik und Veränderung

- 08 Ein Plädoyer für jahrgangsübergreifendes Lernen**
Bildungsübergänge verstärken
Ungleichheiten
- 12 Sanfte Übergänge für den bestmöglichen Abschluss**
PRIMUS-Schule Minden
- 20 Mehr Wertschätzung und konzeptionelle Initiativen**
GEW NRW fordert Masterplan
für den Zweiten Bildungsweg
- 22 Spielraum mit begrenzten Möglichkeiten**
Wie kommunales Bildungs-
management Bildungsübergänge
gestalten kann
- 26 Gleichwertige Lebens-
verhältnisse statt Stückwerk**
GEW-Kommentar zur kommunalen
Bildungsplanung

VERSTEHEN

Gesellschaft und Verantwortung

- 29 Knotenpunkte von Macht-
verhältnissen**
Welche Bedeutung haben Über-
gänge für unsere Gesellschaft?

ZUSAMMENHALTEN

Arbeitsplatz und Solidarität

- 35 Auf Umwegen ins deutsche
Lehrer*innenzimmer**
Anerkennung ausländischer
Abschlüsse
- 38 Versetzung: Was Lehrer*innen
wissen sollten**
Du fragst, die GEW antwortet
- 42 Gute Ergebnisse für Personal-
räte der GEW NRW**
Weil zu viel zu viel ist –
Personalratswahl 2024 an Schulen
- 45 Bildung sichern:
Demokratie stärken!**
Leitbeschluss des
Gewerkschaftstags 2024

06 / 41 Kleine Pause

19 / 33 Leser*innenpost

50 Ich bin die GEW NRW!

51 Ausblick & Impressum

Kleine Pause



Digitale Vortragsreihe der GEW

DIVERSITÄT IN KINDER- UND JUGENDMEDIEN

Teilhabe und Partizipation in und durch Kinder- und Jugendmedien lautet der Titel der digitalen Vortragsreihe, zu dem die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien der GEW in Kooperation mit dem Bundesfachgruppenausschuss Sonderpädagogische Berufe, dem Bundesfachgruppenausschuss für Grundschulen und dem Organisationsbereich Schule der GEW einlädt. Kinder- und Jugendmedien können gesellschaftliche Diversität abbilden und verschiedene Lesebedürfnisse und -fähigkeiten bedienen, wenn sie auch zugänglich gemacht werden. Insgesamt finden fünf Termine von September bis November 2024 statt.

Weitere Infos und Anmeldungen

tip.de/vortragsreihe-partizipation-jugendmedien



Neue Funktion im Mitgliederbereich

HIER GEHTS ZU DEINER BEITRAGSBESCHEINIGUNG

Im neu gestalteten Mitgliederbereich auf der Website der GEW NRW kannst du ab sofort deine Beitragsbescheinigung herunterladen. Du bist noch nicht für den Mitgliederbereich registriert? Kein Problem, das kannst du einfach nachholen. Fülle dazu das Formular mit deinem Vor- und Nachnamen, deiner E-Mail-Adresse und Mitgliedsnummer sowie einem von dir gewählten Passwort aus und erstelle dein Benutzer*innenprofil. Wenn du deine Mitgliedsnummer nicht finden kannst, schreib eine E-Mail an: mitgliederverwaltung@gew-nrw.de. Nach erfolgreicher Registrierung kannst du dich im Mitgliederbereich einloggen.

Anmeldung und Registrierung

gew-nrw.de/mitgliederbereich

Neues Programm ab November 2024

SCHULKABARETT *DIE DAKTIKER* FEIERT 40. GEBURTSTAG

Anlässlich ihres 40-jährigen Bestehens bringen *die daktiker* – Deutschlands selbst ernanntes dienstältestes Schulkabarett – ein neues Programm auf die Bühne. *40 Jahre Adolphinum – die Analyse* lautet der Titel des Stücks, das am 22. November 2024 im Stadttheater Lippstadt Premiere feiert (Zusatztermin am 23. November 2024). Darin werden Brigitte Lämbsgen, Hans-Peter Königs, Andreas Boxhammer und Hermann-Josef Skutnik Schulalltag und -politik der vergangenen Jahrzehnte Revue passieren lassen und Unvergessenes (etwa PISA-Schock) sowie Verdrängtes (etwa Chancengerechtigkeit), Aktuelles (etwa Digitalisierung) sowie Zukünftiges (etwa Inklusion) kabarettistisch be- und durchleuchten. Sketche und Lieder älterer Programme werden dabei recycelt und in neuem Gewand präsentiert.



Foto: Claudia Gehrs

Karten für die Vorstellungen im November sind ab Juli bei der KWL Lippstadt erhältlich. Über die Website des Quartetts *die daktiker* werden demnächst weitere Aufführungstermine bekannt gegeben, Buchungsanfragen sind dort außerdem möglich.

***die daktiker*: Alle Infos zum Lehrer*innenkabarett**
daktiker.de

lautstark.-Interview zum 35. Bühnengeburtstag
tip.de/daktiker-schulkabarett

Karten für die Aufführungen in Lippstadt
tip.de/kwl-lippstadt-tickets

EINMISCHEN

Politik und Veränderung



26,8%

beträgt die Wahrscheinlichkeit in NRW, dass Kinder mit niedrigerem sozioökonomischen Hintergrund ein Gymnasium besuchen gegenüber Kindern mit höherem Hintergrund (60,9%). Damit rangiert NRW im Bundesländervergleich auf Platz 12.*



Pressemitteilung der GEW zur neuen ifo-Studie:

GEW: „Längeres gemeinsames Lernen verbessert Bildungschancen der Kinder deutlich“

t1p.de/gew-presse-ifo-studie

Ein Plädoyer für jahrgangsübergreifendes Lernen

Deutschland tut sich seit Jahrzehnten schwer damit, die enge Verbindung von Herkunft und Bildungserfolg aufzulösen. Das gilt auch bei schulischen Übergängen. Schulforscher und Schulpädagoge Matthias Forell, Vertretungsprofessor am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg, erklärt die Herausforderungen dieser Bildungsübergänge – und wie sie gelingen können. >>



„Ein Bruch in der Bildungsbiografie stellt für alle eine Herausforderung dar. Aber Schüler*innen aus privilegierten Verhältnissen haben meist mehr Ressourcen, um den Übergang gut zu bewältigen.“

MATTHIAS FORELL

ist Schulforscher und vertritt seit dem Sommersemester 2024 die Professur für Schulpädagogik und Schulforschung am Institut für Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg. Er forscht und lehrt unter anderem zu Bildungsübergängen und Bildungsgerechtigkeit.

Was sagt die Forschung zu Übergängen – und Ungleichheiten – im Bildungssystem?

Matthias Forell: Zum Beispiel, dass Schüler*innen aus sozioökonomisch und soziokulturell privilegierteren Elternhäusern eher eine Gymnasialempfehlung erhalten als Schüler*innen aus weniger privilegierten Elternhäusern. Je nach Studie ist die Wahrscheinlichkeit, von Lehrkräften für das Gymnasium empfohlen zu werden, für Schüler*innen aus privilegierteren Verhältnissen drei- bis fünfmal höher, selbst unter Berücksichtigung der kognitiven Fähigkeiten. Das ist ein Befund, an dem sich seit Jahrzehnten nichts verändert hat.

Unabhängig davon, an welche Schulform ein Kind wechselt: Was ist erforderlich, damit der Übergang gelingt?

Matthias Forell: Schüler*innen haben unterschiedliche Startbedingungen und es ist eine wichtige Gelingensbedingung, diese aufzufangen. Wenn man das Ziel hat, einen nahtlosen Übergang oder einen mit relativ wenigen Brüchen zu gestalten, braucht es eine Zusammenarbeit zwischen den Grund- und weiterführenden Schulen, gemeinsame Projekte oder sogar Übergangsprogramme. Ein weiterer Faktor ist die Kommunikation mit Eltern über die Lern- und Leistungsentwicklung der Kinder an der Grundschule sowie die Möglichkeiten, die sie beim Übergang haben. Auch die Schulsozialarbeit spielt eine wichtige Rolle, gerade dabei, Schüler*innen als ganze Personen in den Blick zu nehmen und nicht nur als Leistungserbringer*innen.

Schenken wir Bildungsübergängen in der Praxis ausreichend Beachtung?

Matthias Forell: Ja. Spätestens im dritten Schuljahr wird das Thema Übergang ein großes, sowohl was die unterrichtliche Gestaltung als auch was die Kommunikation mit Eltern angeht. Und in der fünften und sechsten Jahrgangsstufe, die je nach Bundesland Erprobungs-, Bewährungs- oder Orientierungsphase heißt, geht es stark darum, die heterogenen Lernstände der Schüler*innen aus unterschiedlichen Grundschulen anzugleichen und alle auf die Mittelstufe ab der siebten Klasse vorzubereiten.

Trotz dieser Vorbereitungen gelingen Übergänge aber nicht immer?

Matthias Forell: Ich würde nicht sagen, dass Übergänge nicht gelingen. Schüler*innen wechseln wie gesagt mit unterschiedlichen Leistungsständen und unterschiedlichem Lern- und Arbeitsverhalten an die weiterführende Schule. Inwieweit es die Einzelschule dann schafft, damit umzugehen, hängt auch davon ab, welche Unterstützungsmöglichkeiten es gibt. Ich könnte die These formulieren, dass es für nicht-gymnasiale Schulen in herausfordernden Lagen schwieriger ist, weil es ihnen an Ressourcen mangelt, die besser situierten Gymnasien zur Verfügung stehen, personellen oder auch finanziellen, beispielsweise einem Förderverein.

Was können Lehrkräfte tun, um beim Übergang zu helfen?

Matthias Forell: Die Grundvoraussetzung ist: Schüler*innen Zeit zu geben, sich zu akklimatisieren. Ich bin überzeugt, dass viele Lehrer*innen das auch tun. Aber sie befinden sich in dem Dilemma, dass es curriculare Vorgaben gibt, was Schüler*innen am Ende eines Halbjahres oder Schuljahres können müssen. Sie können ihnen also nicht beliebig viel Zeit geben. Bei der Kommunikation mit den Eltern ist große Transparenz wichtig – über die Einschätzungen des Leistungsniveaus und -potenzials des Kindes, aber auch über sozial-emotionale Aspekte.

Welche Folgen haben nicht erfolgreiche Bildungsübergänge?

Matthias Forell: Wir sehen in nationalen wie internationalen Schulleistungsstudien, dass sich Ungleichheiten aufschichten und fehlendes Vorwissen oder nicht erlernte Kompetenzen auch in höheren Jahrgangsstufen zu Problemen führen. Die PISA-Studie 2022 belegt, dass im Fach Mathematik 42 Prozent der 15 Jahre alten Schüler*innen an nicht-gymnasialen Schulformen die Mindeststandards nicht mehr erreichen. Im Lesen und in den Naturwissenschaften sind es rund 30 Prozent. Man kann natürlich sagen, dass hier irgendetwas schiefgegangen ist. Allerdings lässt sich das im Einzelfall schwer auf den Übergang zurückführen. Fakt ist, dass diese Schüler*innen an nicht-gymnasiale Schulformen übergegangen sind und schwierige Lernausgangslagen dort zumindest nicht ausgeglichen werden konnten.

Im schlimmsten Fall kostet das junge Menschen den Abschluss.

Matthias Forell: Im sogenannten Übergangssystem leisten die beruflichen Schulen einen großen Beitrag, um nachträglich Abschlüsse zu gewährleisten: Rund sechs Prozent der Schüler*innen verlassen die allgemeinbildende Schule nach der neunten oder zehnten Klasse ohne Abschluss; drei Jahre später kommen nur noch 1,5 Prozent ohne auf den Arbeitsmarkt.

Sind Übergänge nur für Kinder aus weniger privilegierten Familien schwierig?

Matthias Forell: Ein Bruch in der Bildungsbiografie stellt für alle eine Herausforderung dar. Aber Schüler*innen aus privilegierten Verhältnissen haben meist mehr Ressourcen, um den Übergang gut zu bewältigen. Für Schüler*innen aus weniger privilegierten Verhältnissen ist es auch schwerer, weil sie häufig in schulische Lern- und Entwicklungsmilieus kommen, die mehr Herausforderungen mit sich bringen.

Gibt es weitere Hintergrundmerkmale, die Einfluss haben?

Matthias Forell: Eine andere Differenzkategorie, die bei allen Übergängen eine entscheidende Rolle spielt, ist das Geschlecht. Beim Übergang von der Kita in die Grundschule werden doppelt so viele Jungen zurückgestellt wie Mädchen. Mädchen bekommen häufiger eine Empfehlung fürs Gymnasium als Jungen. Dementsprechend mehr Abiturientinnen als Abiturienten gibt es dann auch. Das Ganze schreibt sich fort bis ins Studium. Umgekehrt betrachtet, verlassen deutlich mehr Jungen die Schule ohne Abschluss als Mädchen. Die Anpassung an schulische Anforderungen fällt Jungen also bedeutend schwerer.

Inwiefern kann das Bildungssystem Brüche auffangen?

Matthias Forell: Das Verhältnis von Aufwärts- zu Abwärtsmobilität ist im deutschen Schulsystem erst mal ein ungünstiges: Es steigen deutlich mehr Schüler*innen ab als auf. Aber was nach Corona geschah, ist ein gutes Beispiel. Es wurden Nachholprogramme installiert, leider nicht flächendeckend und nur punktuell. Ich glaube, ein institutionalisiertes Förderprogramm wäre eine gute Idee. Auch die individuelle Förderung innerhalb einer Schule könnte vorangetrieben werden, da sind wir beim Thema Multiprofessionelle Teams. Viele Schulgesetze bieten zudem die Möglichkeit, die Schuleingangsphase in der ersten und zweiten Klasse zu flexibilisieren.

Was bedeutet eine flexibilisierte Schuleingangsphase?

Matthias Forell: Dass diese Phase jahrgangsübergreifend ausgestaltet werden kann, also die erste und zweite Klasse gemeinsam unterrichtet werden. Das wird unterschiedlichen Lernausgangslagen von Schüler*innen gerecht. Man könnte an bestimmten Schulen auch die fünfte und sechste Klasse so organisieren.

Was sind die konkreten Vorteile des jahrgangsübergreifenden Lernens?

Matthias Forell: Man hat formal eine Klasse, die zum Beispiel statt aus 26 Erstklässler*innen aus 13 Erst- und 13 Zweitklässler*innen besteht. Klassenlehrer*innen müssten nur die Hälfte der Kinder an schulisches Lernen heranzuführen und hätten dabei Unterstützung von Schüler*innen, die sich schon akklimatisiert haben. Es gibt Untersuchungen dazu, dass die Leistungsfähigkeit der Leistungsstarken nicht darunter leidet, dass sie mit Leistungsschwächeren zusammen lernen. Im Gegenteil: Indem ein Kind, das etwas schon kann, es einem anderen Kind erklärt, kann es den Lernstoff selbst noch mal besser und hat zudem gelernt, jemandem etwas beizubringen. Außerdem nehmen sich dadurch auch eher leistungsschwache Schüler*innen mal selbstwirksam wahr. //

Die Fragen stellte Nadine Emmerich.

freie Journalistin

Sanfte Übergänge für den bestmöglichen Abschluss

Eine Schule, die Übergänge auflöst und stattdessen konsequent längeres gemeinsames Lernen ermöglicht. Zu schön, um wahr zu sein? Die PRIMUS-Schule in Minden zeigt, wie es gehen kann und warum es lohnen würde, aus dem Schulversuch ein Regelmodell zu machen.

Die Plakate zeigen Pflanzen, die wachsen. „Ich kann mich immer verbessern und werde es weiter versuchen“ ist dort zu lesen und „Ich werde mehr trainieren, bis es mir leichter fällt“ – bestärkende Sätze, die gut zur wertschätzenden Atmosphäre an diesem Montagmorgen passen. Es ist kurz vor elf Uhr; in der Lerngruppe 2D der Mindener PRIMUS-Schule läuft gerade die zweite Trainingszeit des Tages. Die Schüler*innen arbeiten an Aufgaben in Mathe, Deutsch und Englisch – so, wie sie es sich zu Beginn der Doppelstunde ausgesucht haben. Konzentriert brüten sie über Tablets und Arbeitsblättern, nur hier und da ist ein leises Kichern zu hören. Klassenlehrerin Melanie Walter schlägt die Klangschale an und blickt in die Runde. „Mäuseleins, ihr habt noch zwölf Minuten Arbeitszeit – nutzt sie bitte.“

Gemeinsames Lernen in guter Besetzung – eine Ausnahme in Zeiten des Lehrkräftemangels

Seit 2013 ist die PRIMUS-Schule im Mindener Stadtteil Dankersen Teil eines landesweiten Schulversuchs in Nordrhein-Westfalen. Fünf Modellschulen erproben, wie sich die Arbeit von Grund- und weiterführenden Schulen enger miteinander verzahnen lässt – und wie sich ein gemeinsames Lernen ohne Schulwechsel auf die Leistung und das Sozialverhalten von Schüler*innen auswirkt. Anders als üblich lernen Kinder und Jugendliche an PRIMUS-Schulen jahrgangsübergreifend an einer Schule, von der Klasse

eins bis zur Klasse zehn. Die Jahrgänge eins bis drei, vier bis sechs sowie sieben bis neun werden jeweils zu heterogenen Lerngruppen in Klassengröße zusammengefasst. Erst in Stufe 10 kommen ausschließlich Gleichaltrige zusammen.

In der 2D lernen Schüler*innen der vierten bis sechsten Klassen gemeinsam. Die heutige Trainingszeit ist gut besetzt – eine Ausnahme in Zeiten von Lehrkräftemangel und damit verbundenen Stundenkürzungen. Melanie Walter und ihr Kollege Alexander Engelhardt geben als Klassenlehrer*innen individuelle Hilfestellungen in den Hauptfächern. Zeitgleich erklärt ihr Kollege Niels Tryba in einem Nebenraum einer kleinen Gruppe von Schüler*innen die Uhr – „weil noch nicht alle Kinder sicher die Uhr lesen und mit Zeitangaben umgehen können“, sagt Alexander Engelhardt. Der Lehrer für Mathe und Praktische Philosophie trägt Vollbart, Tattoos und bunte Holzperlen an Lederbändern; er geht offen und freundlich auf die Kinder zu. „So, ihr Süßmäuse, ich habe die Selbstdiagnose-Tests dahinten auf den Tisch gelegt – wer mag, kann sich gern bedienen“, ruft Alexander Engelhardt und setzt sich wie selbstverständlich zu seinen Schüler*innen an den Tisch. „Das soziale Miteinander ist hier sehr, sehr wichtig – da kann man auch mal einen Spruch raushauen oder den Schüler*innen lustige Gruppen-Spitznamen geben“, sagt der 40-Jährige. „Am Ende wissen die Kinder, dass wir für alles eine Lösung finden.“





Während die meisten Kinder der 2D an Aufgaben in den Hauptfächern arbeiten, erklärt Fachlehrer Niels Tryba einer kleinen Gruppe von Schüler*innen die Uhr. Förderangebote wie diese gehören zum Konzept der Mindener PRIMUS-Schule – doch in Zeiten von Lehrkräftemangel und Stundenkürzungen lassen sie sich nicht immer umsetzen.

Fotos: Alena Wiescholek

+++

**PRIMUS-Schule Minden: Aktuelles
und Infos zum Schulkonzept**
[primus-minden.de](https://www.primus-minden.de)

„Das soziale Miteinander ist hier sehr, sehr wichtig. Die Kinder wissen, dass wir für alles eine Lösung finden.“

ALEXANDER ENGELHARDT

Klassenlehrer an der PRIMUS-Schule Minden



Als Klassenlehrer*innen schaffen Melanie Walter und Alexander Engelhardt eine freundliche und wertschätzende Atmosphäre auf Augenhöhe. Frontalsituationen sind im Unterricht die Ausnahme. Stattdessen setzen sich die Pädagog*innen immer wieder zu Schüler*innen an den Tisch und geben Hilfestellungen.

Selbstständig und im eigenen Tempo lernen – das schafft Zeit für individuelle Förderung

Julia, Lotta, Adam und Constantin sitzen eigentlich an unterschiedlichen Tischen. Für die Trainingszeit haben sie sich einen gemeinsamen Platz gesucht. Alle arbeiten mit Gedichten und doch kümmern sie sich jeweils um eine andere Aufgabe. Denn das ist das Prinzip: Kinder und Jugendliche erschließen sich Unterrichtsinhalte weitgehend selbstständig und in ihrem Tempo – bis zur Klasse 9 sogar ganz ohne Noten. Frontalsituationen sind die Ausnahme; lediglich beim Start neuer Themenblöcke und nach Bedarf geben die Lehrkräfte kurze Einführungen. Arbeitsblätter, Lösungen zur Selbstkontrolle und ergänzende Materialien gibt es jeweils in mehreren Schwierigkeitsstufen, in den höheren Jahrgängen digital auf dem Tablet.

In einem Lernplan erhalten Schüler*innen eine Übersicht über ihre Aufgaben und die zu erwartenden Kompetenzen innerhalb eines Unterrichtsbausteins. Zusätzlich führt jedes Kind ein Logbuch: Hier halten Schüler*innen fest, wann sie welche Aufgaben bearbeitet haben; sie setzen sich Ziele und reflektieren das Geleistete. Dazu bekommen sie jeweils eine ausführliche Rückmeldung der Lehrkräfte. „Die Materialien erstellen wir zentral in den jeweiligen Jahrgangsteams, sodass sie dann für alle Kolleg*innen zur Verfügung stehen“, erzählt Frank Hirche. „Das schafft den Freiraum, weiter am Schulkonzept zu arbeiten und die Schüler*innen individuell zu fördern und zu fordern.“

Zeit für Entwicklung und detailliertes Feedback – ohne Noten und Leistungsdruck

Am Besprechungstisch des Schulleitungsbüros sitzt der stellvertretende Schulleiter vor einem Glas mit schwarzem Tee. Der 54-Jährige trägt Jeans und Hemd; die grau melierten Haare hat er zu einem Dutt gebunden. Das Konzept der PRIMUS-Schulen, betont Frank Hirche, sei für ihn die einzig denkbare Art, den Schul- und Unterrichtsalltag zu gestalten. „Ich würde nicht hier arbeiten, wenn ich nicht daran glauben würde. Schüler*innen müssen die Zeit haben, sich zu entwickeln.“ Und dazu gehöre eben auch, einen Großteil der Schulzeit ohne Noten und Leistungsdruck verbringen zu dürfen.

Statt strikter Bewertungsrichtlinien nutzen die Fachkräfte der PRIMUS-Schule Zertifikate, die Schüler*innen am Ende jeder Unterrichtseinheit detailliert Auskunft über ihre fachlichen Kompetenzen und das Arbeitsverhalten geben. Außerdem enthalten sie Lob für besondere Anstrengungen und Hinweise für Verbesserungsmöglichkeiten. „Wichtig ist, dass wir uns am individuellen Leistungsvermögen der Schüler*innen im jeweiligen Fach orientieren – und nicht an der durchschnittlich erbrachten Leistung der gesamten Klasse“, betont Melanie Walter. Gleiches gilt für die Abschlüsse am Ende jedes Themenblocks.

Jahrgangsübergreifend und kompetenzorientiert lernen für den bestmöglichen Abschluss für alle

Julia wird heute in Englisch geprüft. „Komm, wir suchen uns schnell ein ruhiges Plätzchen“, sagt Melanie Walter und ermuntert die Sechstklässlerin, mit ihr das Klassenzimmer zu verlassen. Der Weg führt durch großzügige Flure mit offenen Lernbereichen. Die Wände sind in warmen Farben gestrichen, große Fenster lassen Blicke in die angrenzenden Klassenräume zu. Aus der geöffneten Tür der Nachbarklasse dringt leises Gemurmel. „Das ist ein großer Vorteil des jahrgangsübergreifenden Lernens“, sagt Melanie Walter. „Die Schüler*innen regulieren sich gegenseitig, sodass es selten richtig laut wird.“

Mit einer beherzten Armbewegung öffnet die 34-Jährige die Tür zur Mensa. Sie weist Julia den ersten Platz an einer langen Tischreihe zu und setzt sich auf den Stuhl gegenüber. Dann stellt sie ihr Tablet auf; in der Mitte des Tisches platziert sie ein Bild, das Julia selbst gemalt hat. „Could you please describe your shop for me?“, fragt die Lehrerin mit Blick auf Julias liebevoll gezeichnete Buchhandlung und wirft ihrer Schülerin ein freundliches Lächeln zu. Aus der Einstiegsfrage entwickelt sich ein lebendiges Verkaufsgespräch über Thriller und Belletristik. Schon nach wenigen Minuten ist Melanie Walter zufrieden. „Thank you – that was really good“, sagt sie und entlässt die Schülerin mit einem ermunternden Nicken.

Als gute Englisch-Schülerin habe Julia heute frei über ihr selbst gemaltes Bild sprechen müssen, berichtet Melanie Walter. „Schwächere Schüler*innen haben die Möglichkeit, sich vorher Notizen zu machen und sie zum Test mitzubringen.“ Das trage auch zu einer >>



LÄNGERES GEMEINSAMES LERNEN IST DER SCHLÜSSEL ZU MEHR BILDUNGSGERECHTIGKEIT

PRIMUS-Schulen sind ein Lichtblick auf dem langen Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit für NRW. Schüler*innen profitieren von alternativen Lern- und Bewertungskonzepten. Dies belegen die positiven Erkenntnisse aus der bisherigen wissenschaftlichen Evaluation des Schulversuchs.

An der PRIMUS-Schule lernen Kinder an fünf Standorten in NRW seit dem Schuljahr 2013 / 2014 in inklusiven, jahrgangsübergreifenden Lerngruppen gemeinsam in einem durchgehenden Angebot von Klasse 1 bis 10.

Durch die Verschmelzung von Primarstufe und Sekundarstufe I bleibt zehnjährigen Kindern die frühzeitige Einsortierung in mögliche „Bildungsverlierer*innen“ und potenzielle „Uni-Absolvent*innen“ erspart. So können sich Bildungsbiografien an der PRIMUS-Schule individueller entwickeln als an allen anderen Schulformen und Brüche vermieden werden.

Wenn wir endlich mehr Bildungsgerechtigkeit erreichen wollen, führt kein Weg am längeren gemeinsamen Lernen vorbei. Die GEW NRW fordert deshalb eine gezielte, rechtlich abgesicherte und mit Landesmitteln geförderte Entwicklungs- und Ausbauperspektive für PRIMUS-Schulen, auch über die garantierte Verlängerung des Schulversuchs von zehn auf 13 Jahre hinaus. Zusammenschlüsse von Grundschulen und integrierten Gesamtschulen beziehungsweise Sekundarschulen zu PRIMUS-Schulen sind ein Weg, um mehr Schüler*innen die Chance zu geben, ihre Potenziale bestmöglich zu entfalten. Gründungswillige Kommunen müssen hierbei bestmöglich unterstützt werden.

Frauke Rütter

Expertin der GEW NRW für Schulpolitik

„Früher habe ich die Kinder nach der vierten Klasse ins Ungewisse abgegeben. Heute kann ich sie von der ersten Klasse bis zu ihrem Abschluss begleiten.“

MELANIE WALTER

Klassenlehrerin an der PRIMUS-Schule Minden



gelingenden Inklusion bei. „Alle arbeiten am selben Thema. So kommt es vor, dass ein Sechstklässler mit Förderstatus und eine Viertklässlerin gemeinsam an ein und demselben Material arbeiten – ganz selbstverständlich und ohne Berührungspunkte.“

Dank solcher Möglichkeiten könne das jahrgangsübergreifende Lernen vielen Kindern und Jugendlichen die Chance auf den bestmöglichen Abschluss eröffnen, betont Frank Hirche. Das untermauern auch erste Ergebnisse von Wissenschaftler*innen, die die Arbeit der PRIMUS-Schulen evaluieren: In der Aufbauphase der Mindener Modellschule seien lediglich drei Prozent der Schüler*innen mit Gymnasialempfehlung und sechs Prozent mit eingeschränkter Gymnasialempfehlung in die fünfte Klasse gestartet. „Inzwischen entlassen wir regelmäßig zwischen 50 und 60 Prozent unserer Zehntklässler*innen mit einer Empfehlung für die Oberstufe.“

Demokratie und soziales Miteinander profitieren von gut begleiteten Übergängen

Ein wichtiger Aspekt des Schulkonzepts ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Im Klassenrat entscheiden sie bereits ab der ersten Klasse über Themen, die ihren Alltag betreffen – etwa die Sitzordnung oder Maßnahmen bei Fehlverhalten. Und nicht nur diese aktive Rolle kommt bei den Schüler*innen gut an. So eröffne das eigenverantwortliche Lernen die Möglichkeit, je nach Tagesform an unterschiedlichen Themen zu arbeiten, sagt Mira. „Gerade in der Corona-Zeit war es super, dass wir so schon mit Lehrplänen umgehen konnten: Wir wussten genau, wie man Aufgaben erarbeitet“, erzählt die 15-Jährige.

Thadeus (9) ist froh, immer in seinem eigenen Tempo arbeiten zu dürfen. Und Lotta (15) schätzt das Miteinander und die wechselnden Rollen innerhalb der Klassengemeinschaft: „In der Neun war es teilweise nervig, mit den Siebtklässler*innen in einer Klasse zu sein – aber trotzdem auch total wichtig, um Geduld zu lernen und miteinander klarzukommen.“

Damit Schüler*innen diese positiven Erfahrungen machen können, setzen Frank Hirche und sein Team auf sanfte Übergänge. „Bei uns kann man nicht sitzenbleiben – das macht eine Menge aus“, sagt der stellvertretende Schulleiter. Außerdem plant das Multiprofessionelle Team immer wieder Aktionen mit Kindern verschiedener Lerngruppen: Schüler*innen der Klasse vier, die den Übergang in die neue Lerngruppe gerade hinter sich haben, treffen vor den Sommerferien auf Kinder der Klasse drei. Das kann den Wechsel erleichtern. Auch Klassenleitungstage zu Beginn des Schuljahres fördern das gegenseitige Kennenlernen. „Außerdem bekommen die über-tretenden Schüler*innen Patenkinder, die sich in den ersten Wochen um sie kümmern – das baut viele Ängste ab“, betont Ghangin Murad, Lehrer für Mathe und Projektunterricht. Innerhalb einer Schule könnten sich Lehrer*innen und Fachkräfte des Multiprofessionellen Teams schnell und unkompliziert über die bisherige Laufbahn von Schüler*innen austauschen. Und auch für die Lehrkräfte persönlich seien die Übergänge weniger hart als an anderen Schulen, betont Melanie Walter. „Früher habe ich die Kinder nach der vierten Klasse ins Ungewisse abgegeben. Heute kann ich sie von der ersten Klasse bis zu ihrem Abschluss begleiten.“

>>



Im Schulalltag der PRIMUS-Schule treffen Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen Jahrgängen in einer gemeinsamen Lerngruppe aufeinander. Mithilfe von Tablets, Kopfhörern und individuell abgestimmten Arbeitsmaterialien können sie in ihrem eigenen Tempo arbeiten. Die Schüler*innen schätzen das soziale Miteinander, die Möglichkeiten zur Mitbestimmung und das angstfreie Lernen ohne Notendruck.



„Schüler*innen müssen die Zeit haben, sich zu entwickeln. Und dazu gehört auch, einen Großteil der Schulzeit ohne Noten und Leistungsdruck verbringen zu dürfen.“

FRANK HIRCHE

stellvertretender Schulleiter
der PRIMUS-Schule Minden

Zukunftsweisendes Schulkonzept mit ungewisser Zukunft

Zwar sei die jahrgangsübergreifende Arbeit in großen Lerngruppen oft kräftezehrend. „Wir leisten hier viel Beziehungsarbeit – das ist mit 25 Kindern anstrengender, als es mit 15 wäre“, sagt Melanie Walter. Doch die gute Organisation in den Jahrgangsteams mache vieles leichter – ebenso wie die Aussicht, den Schüler*innen zumindest annähernde Chancengleichheit zu ermöglichen, betont Marie Breuer: „Die Kinder haben keine Hausaufgaben und sind viele Stunden am Tag hier. So, wie wir es machen, geht es zumindest in die richtige Richtung“, sagt die Lehrerin für Mathe und Sport.

Die öffentliche Wahrnehmung ist allerdings in vielen Fällen noch immer eine andere. Vor allem der Verzicht auf Noten lasse Eltern teilweise mit Skepsis auf das Konzept blicken, berichtet Frank Hirche – „auch wenn eine Drei absolut nichts darüber aussagt, ob ich Brüche kürzen oder schriftlich dividieren kann“. Die Mindener PRIMUS-Schule bietet Eltern, Lehrkräften und anderen Interessierten deshalb jederzeit die Möglichkeit, Termine für Hospitationen zu vereinbaren. Dank hartnäckiger Vorstöße in den Seminaren bildet das Kollegium inzwischen erste Referendar*innen aus. Doch der Lehrkräftemangel trifft auch die Mindener PRIMUS-Schule hart – ebenso wie die ungewisse Zukunft.

2022 wurde der landesweite Modellversuch der PRIMUS-Schulen verlängert. Die Mindener Schule wird demnach letztmalig zum Schuljahr 2025 / 2026 Erstklässler*innen aufnehmen. Was dann kommt, ist noch in der Schwebe. „Natürlich hoffen wir, dass das Konzept verstetigt wird und weitere PRIMUS-Schulen gegründet werden dürfen“, sagt Frank Hirche. Es sei sein Traum, Schüler*innen irgendwann auch eine Oberstufe bieten zu können. Doch dafür brauche es eine langfristige finanzielle Förderung: „Eins ist klar: Es geht nicht ohne politischen Willen.“ //

Anne Petersohn
freie Journalistin

✉ **ADOLF BARTZ**

Als langjährigem Pensionär, für den Schule kein Lebensthema mehr ist, kann sich schon mal die Frage stellen, warum man weiterhin regelmäßig den GEW-Mitgliedsbeitrag einziehen lässt. Neben der Dankbarkeit für das, was die GEW für mich, vor allem bei einem Rechtsschutzverfahren, bewirkt hat, und was sie mir über Jahrzehnte an Teilhabe, Mitgestaltung und Sinn ermöglicht hat, ist das auch die Mitgliederzeitschrift. Und die *lautstark*. 01/2024 motiviert mich, das auch mal mitzuteilen: Die Balance von erfahrungsgesättigter Expertise und gewerkschaftspolitischer Interessenvertretung und die Mischung von kompetenter Information und anregender Meinungsbildung ist überzeugend gelungen. Weiter so!

zu *lautstark*. 01/2024: Themenschwerpunkt
Zukunft von Bildung und Arbeit – Gute Aussichten?

✉ **ULRICH KEMPER**

Ich befürworte die Sensibilisierung gegenüber Diskriminierungen in der deutschen Sprache. Dennoch teile ich die Argumentation des Rates für deutsche Rechtschreibung gegen die Verwendung von Gender-Sonderzeichen im Wortinneren im *Amtlichen Regelwerk der deutschen Rechtschreibung*.

Die Vertretung meiner Meinung in einer Debatte soll „Verrat an grundlegenden Überzeugungen für eine liberale und offene Gesellschaft“ sein und „zur Aushöhlung der Demokratie durch Verstärkung rechter Diskursstrategien“ beitragen?

Geht es nicht ein wenig kleiner? Die Auseinandersetzung mit meiner Meinung wird in diesem Artikel weder argumentativ geführt noch wird differenziert begründet, sondern nur im Stile einer Entrüstungsrhetorik als rechte Ideologie verteufelt.

Konnten wir als GEW das nicht schon einmal intellektuell angemessener, kollegial verständnisvoller und diskursiv konstruktiver? Auch innerhalb der GEW muss um eine Positionierung der Gendersprache im amtlichen Sprachgebrauch gerungen werden dürfen, ohne eine solch billige Abklatsche zu erfahren.

zu *lautstark*. 02/2024: *Eine Niederlage der bürgerlichen Mitte?*

✉ **ULRICH BALD**

Den 13 Forderungen zur Fachkräftesicherung mit Geschlechterperspektive würde ich gerne noch als 14. Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ hinzufügen. Was bei verbeamteten Lehrkräften mittlerweile als normal erscheint, nämlich gleicher Lohn für Frauen und Männer, muss auch auf andere Berufe beziehungsweise Bereiche übertragen werden.

[...] Wo sind die Probleme, dass Frauen auch noch im 21. Jahrhundert benachteiligt werden? Ja, der Kapitalismus, doch woher kommen die Wurzeln der Ungleichheit? Sie finden ihren Ursprung in der Religion. [...] Noch heute ist in der katholischen Kirche es als Frau nicht möglich, gleichberechtigt am Altar zu stehen. [...] Im Islam, der zweiten großen Weltreligion, wird in Sure 4:35 eindeutig befohlen, wer das Sagen hat: Der Mann! Wir lesen dort, dass Allah den Mann über die Frau gestellt hat, sie seinen Anweisungen Folge zu leisten hat. [...]

Vor mehr als 10.000 Jahren gab es noch keine Staaten, da streiften kleine Gruppen durch die Wildnis. Bestand eine Gruppe aus zehn Männern und zwei Frauen, war ihr Fortbestand fraglich, bei acht Frauen und vier Männern schon eher gesichert. Diese Tatsache erkennend, wurde die Gruppe in der Regel von einer Frau angeführt. [...] Brachten herrschende Familien keine Jungen, sondern „nur“ Mädchen hervor, so wurden vorübergehend, um die Dynastie zu sichern, auch Frauen auf den Thron gesetzt, wie zum Beispiel in neuerer Zeit Elisabeth I (1558 – 1603). Unter ihr gelang England der Aufstieg zur Weltmacht!

[...] Wir sehen, ohne Frauen geht es nicht, aber heute auch nicht ohne starke Gewerkschaften. Die Stärke wächst mit der Zahl der Mitglieder.

zu *lautstark*. 01/24: Ohne Frauen geht es nicht

✉ **KARIN DUDEN**

Was für eine Zumutung, Gender-Oppositionelle mit AfD und Rechts-Ideologie in Verbindung zu bringen! Viele Menschen sind für eine linke Politik und gleichzeitig gegen extremen Individualismus und Identitätspolitik ausgerichtet. Präferenzen werden sich nach den nächsten Wahlen herausstellen, nachdem sich eine neue konservativ-linke Partei gebildet haben wird.

zu *lautstark*. 02/2024: *Eine Niederlage der bürgerlichen Mitte?*



Mehr Wertschätzung und konzeptionelle Initiativen



Der Zweite Bildungsweg bietet Chancen für einen Neustart sowie zur beruflichen Weiterentwicklung, ist jedoch viel zu wenig bekannt und wird gesellschaftlich zu gering geschätzt. Das muss sich aus Sicht der GEW NRW ändern.

Seit Jahrzehnten bescheinigen alle einschlägigen Studien dem deutschen Bildungssystem ein eklatantes Maß an Chancenungerechtigkeit. Erst kürzlich wurde dies wieder bezüglich des Bildungshintergrundes des Elternhauses bestätigt: Von 100 Kindern aus Akademiker*innenfamilien nehmen 79 ein Studium auf. Haben die Eltern nicht studiert, sind es nur 27. Dies ist bei Weitem nicht die einzige Quelle für Chancenungerechtigkeit im deutschen Bildungssystem. Weitere Faktoren sind:

- Ob und in welchem Maß es Förderung durch das Elternhaus gibt,
- wie Schulen personell und finanziell ausgestattet sind,
- ein Migrationshintergrund,
- ob es Zugang zu digitalen Medien gibt und
- der Lehrkräftemangel.

Die Forschungslage ist eindeutig, aber bis heute ist keine Trendwende absehbar. Wohlgermerkt, hier ist nicht die Rede von mangelnden individuellen Kompetenzen, sondern von vielfältigen, strukturellen Beeinträchtigungen in der Entwicklung von Bildungsbiografien, die nicht selten zu Desintegrationserfahrungen führen. Das ist nicht nur individuell negativ, sondern stellt auch gesellschaftlich eine Gefahr dar.

Neuorientierung und Weiterentwicklung auf dem Zweiten Bildungsweg

Demgegenüber bieten die Bildungsgänge des Zweiten Bildungswegs (ZBW) ein großes Potenzial für individuelle Neuorientierung oder Weiterentwicklung und damit auch für gesellschaftliche Teilhabe. Um diese auszuschöpfen, müsste allerdings ein (unausgesprochenes) Ideal infrage gestellt werden, nachdem nur ein „gerader Bildungsverlauf“ wirklich gut ist. Es ist nötig, auch gebrochene Bildungsbiografien individuell und strukturell stärker als bisher wertzuschätzen und zu fördern.

Studierende besuchen die Weiterbildungskollegs (Kolleg, Abendgymnasium und Abendrealschule), weil sie sich beruflich weiterentwickeln oder umorientieren wollen oder müssen. Drohender oder bereits eingetretener Verlust der Arbeitsstelle, der Wunsch, beruflich aufzusteigen oder die Suche nach neuen Perspektiven spielen eine Rolle. Hier fügt sich der Zweite Bildungsweg auf der einen Seite nahtlos in die Bildungsbiografien ein, wie etwa bei dem Feuerwehrmann, der in den gehobenen Dienst aufsteigen will und hierzu die Fachhochschulreife benötigt. Auf der anderen Seite nutzen Studierende den Zweiten Bildungsweg, um mit ihren bisherigen

Berufsbiografien abzuschließen und neue Wege zu gehen, wie die Friseurmeisterin, die nach dem Abitur am Abendgymnasium erfolgreich ein Masterstudium in Biochemie abschließt. Nicht zuletzt gibt es jene, die auf dem ersten Bildungsweg aus gesundheitlichen, psychosozialen oder motivationalen Gründen sowie durch die bereits genannten die Bildungsbiografien strukturell beeinträchtigenden Faktoren ihre Bildungsziele nicht erreichen konnten und auf dem Zweiten Bildungsweg einen erneuten Anlauf unternehmen.

Potenzial des Zweiten Bildungswegs weiterentwickeln

Was den Zweiten Bildungsweg neben seinem breiten Angebot außerdem auszeichnet: Studierende erleben Wertschätzung ihrer bisherigen Lebenswege und erfahren ihre Unterschiedlichkeit in einer durch große Diversität gekennzeichneten Lernumgebung als Bereicherung. Der Zweite Bildungsweg erbringt damit eine erhebliche Integrations- und Inklusionsleistung. Vor diesem Hintergrund braucht es einen Masterplan auf Landesebene, der unter Mitwirkung von Lehrkräften, Kommunal- und Landesverwaltungen sowie dem Bildungsministerium offensiv das gesellschaftliche Potenzial des Zweiten Bildungswegs weiterentwickelt. Erste wichtige Schritte wären:

- Die Bekanntheit und Anerkennung des Zweiten Bildungswegs muss gesteigert werden. Er muss als individuelle und gesellschaftlich wertgeschätzte Option in schulischen und außerschulischen Beratungsstrukturen fest verankert werden.
- Die Zugangsvoraussetzungen müssen zeitgemäßen Lebensbedingungen angepasst werden.
- Es muss anerkannt werden, dass die Voraussetzungen von Studierenden des Zweiten Bildungswegs zwangsläufig nicht identisch sind mit denen von Schüler*innen, die auf dem ersten Bildungsweg gerade frisch auf den entsprechenden Bildungsschnitt vorbereitet worden sind: Lange Zeiträume seit dem letzten Schulbesuch, Schulabschlüsse in

anderen Herkunftsländern, nachwirkende Ver-sagenserfahrungen und Lücken in der Bildungssprache Deutsch erfordern das obligatorische Angebot eines einsemestrigen Vorkurses, der ebenso gefördert werden muss wie der gesamte Bildungsgang.

- Vielfältige pädagogische, soziale und psychologische Unterstützungsangebote, die im System des ersten Bildungswegs längst Standard geworden sind, müssen auch in den Bildungsgängen des Zweiten Bildungswegs implementiert werden.

Wer das gesellschaftliche Potenzial des Zweiten Bildungswegs ernsthaft nutzen will, muss wegkommen vom achselzuckenden Betrachten von aktuellen, auch coronabedingten Anmeldezahlen, und konzeptionelle Initiativen ergreifen. //

Florian Beer

Ehrenamtlicher Experte der GEW NRW für
Erwachsenenbildung sowie Lehrkraft am
Weiterbildungskolleg Emscher-Lippe

Harald Pietzsch

Ehrenamtlicher Experte der GEW NRW für
Erwachsenenbildung sowie Lehrkraft am
Wilhelm-Heinrich-Riehl-Kolleg in Düsseldorf



+++

**Positionspapier des Fachgruppenausschusses
Erwachsenenbildung der GEW NRW:
Den Zweiten Bildungsweg stärken**

tip.de/zweiten-bildungsweg-staerken

**lautstark.-Beitrag: Erfolgreich auf dem
zweiten Weg. Weiterbildungskollegs ermöglichen
mehr Chancengleichheit**

tip.de/lautstark-weiterbildungskollegs



Spielraum mit begrenzten Möglichkeiten

Welche Rolle kommt Kommunen zu, wenn es darum geht, Bildungsübergänge zu gestalten? Was sind Bildungslandschaften? Und worin besteht die Aufgabe von Bildungs- und Übergangsmangement? Die Erziehungswissenschaftler Christian Brüggemann und Björn Hermstein beschreiben Möglichkeiten und Grenzen.

In Debatten über Bildungsreformen sind seit etwa zwei Jahrzehnten die Begriffe Bildungslandschaften und Bildungsmanagement präsent. Insbesondere wenn es um Anliegen geht, die nicht auf Bundes- oder Landesebene, aber auch nicht im Alleingang von einzelnen Bildungsorganisationen, sondern durch die Zusammenarbeit mehrerer Akteur*innen vor Ort bearbeitet werden sollen, werden Bildungslandschaften als Schlagwort ins Spiel gebracht. Kennzeichnend für den Begriff der Bildungslandschaften ist seine Unschärfe. So wird er unter anderem gebraucht,

- um Campusprojekte zu beschreiben, beispielsweise die bundesweit bekannt gewordene Entwicklung der Rütli-Schule und zum Campus-Rütli,
- als Bezeichnung für sozialräumliche Vernetzungsinitiativen wie die Bildungslandschaft Altstadt Nord in Köln
- oder als Ausdruck für bildungsbezogene kommunale Koordinierungsaktivitäten und das damit verbundene Engagement von Kommunalverwaltungen.

Bildungslandschaft, Bildungsmanagement – was steckt hinter den Begriffen?

Bildungslandschaften sind mithin oft schlicht eine gemeinsame Selbstbezeichnung mehrerer Bildungsorganisationen, die ein positiv konnotiertes Label für ihre Kooperationsprojekte

gefunden haben. Der Begriff ist auch deshalb so erfolgreich, weil lokale Kooperation ohne weitere Voraussetzung als Lösung für ganz unterschiedliche Herausforderungen wie Bildungsungleichheit, Inklusion und Fachkräftesicherung ins Spiel gebracht werden kann. Probleme, für die aus welchen Gründen auch immer keine konkreten Lösungen verfügbar sind, finden mit der Bildungslandschaft somit einen potenziellen Ort der Verantwortungszuschreibung.

Kommunales Bildungsmanagement ist eine Wortschöpfung, die im Rahmen der Projektförderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) entstanden ist und der dritten oben genannten Idee von Bildungslandschaften entspricht. Seit 2008 unterstützt das BMBF mit sechs aufeinander folgenden Förderrichtlinien Kreise und kreisfreie Städte beim Aufbau eines kommunalen Bildungsmanagements. Einige Bundesländer haben parallel eigene Fördermechanismen auf den Weg gebracht, in NRW werden beispielsweise Kommunen durch das Programm *Regionale Bildungsnetzwerke* gefördert. Kommunales Bildungsmanagement beinhaltet ein Set an Managementelementen, die kommunal variieren können: Bildungsbüros als kommunale Organisationseinheiten, Leitungsgremien zur strategischen Zielfindung, Arbeitsgruppen und Netzwerke zur operativen Abstimmung sowie Bildungskonferenzen, um eine breite Beteiligung und Öffentlichkeit sicherzustellen und ein

Bildungsmonitoring, das statistische Informationen aufbereitet und berichtet. Eigens für diesen Zweck eingerichtete und durch das BMBF finanzierte Agenturen beraten und begleiten die Kommunen. Grob geschätzt haben über zwei Drittel der 400 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland zumindest einzelne Elemente kommunalen Bildungsmanagements etabliert. Großstädte verfügen im Vergleich zu ländlichen Kreisen deutlich häufiger über ein Bildungsmanagement. Obwohl Förderprogramme in der Regel einen signifikanten kommunalen Eigenanteil voraussetzen, gibt es bisher keine Hinweise darauf, dass strukturschwache Kommunen seltener an entsprechenden Projekten beteiligt sind.

Welche Effekte kann kommunales Bildungsmanagement erzielen und welche nicht?

Hinsichtlich der Effekte kommunalen Bildungsmanagements kann kaum Belastbares gesagt werden; bislang fehlen fundierte Wirkungsmodelle und empirische Studien. Daher lässt sich zu den Wirkungen kommunalen Bildungsmanagements mit Blick auf die eigentlichen Ziele, wie die Verbesserung der Bildungsbeteiligung, keine generalisierbare Aussage treffen. Unstrittig ist, dass kommunales Bildungsmanagement dazu beiträgt, Bildung als politische und administrative Aufgabe der Kommunen zu akzentuieren. Die Selbst- und Fremdwahrnehmung der Kommune als bildungspolitische Akteurin wird gestärkt. Strittig ist hingegen die Frage, ob kommunales Bildungsmanagement Chancenungleichheiten verringern kann oder gar neue (regionale) Ungleichheiten hervorbringt.

Schwierig zu beantworten ist auch die Frage, ob sich kommunales Bildungsmanagement positiv auf die Gestaltung von Bildungsübergängen auswirkt – zum Beispiel im Sinne einer Verringerung von Bildungsabbrüchen. Die Gestaltung von Bildungsübergängen – also von der Kita zur Grundschule, dann zur weiterführenden Schule und schließlich in den Beruf oder ins Studium – ist ganz ohne lokale Koordination und Vernetzung kaum denkbar. Kommunen in ihrer Funktion als Kita- und Schulträger, das Land mit seinen örtlichen Vertretungen der Schulaufsicht sowie selbstverständlich die einzelnen Bildungsorganisationen sind bereits qua gesetzlichem Auftrag dazu angehalten, zugunsten gelingender Übergänge und Bildungsbiografien zusammenzuwirken. Insofern ist es plausibel, Übergänge im Bildungssystem als Handlungsfeld kommunalen Bildungsmanagements aufzugreifen. Bund, Länder und diverse Stiftungen haben die Kommunen in der Vergangenheit mit Nachdruck zum Übergangsmanagement aufgefordert, etwa im Rahmen von drittmittelgeförderten Vernetzungsprojekten. >>



TIPPS ZUM WEITERLESEN

Christian Brüggemann, Björn Hermstein, Rita Nikolai (Hrsg.): *Bildungskommunen: Bedeutung und Wandel kommunaler Politik und Verwaltung im Bildungswesen*

Beltz Juventa, Mai 2023, 286 Seiten, 38 Euro

kostenfreier PDF-Download unter t1p.de/bildungskommunen

Christine Steiner, Alexander Kanamüller, Ronald Langner, Tabea Schlimbach (Hrsg.): *Gemeinsam für bessere Bildung?! Zivilgesellschaftliche Akteure in kommunalen Bildungslandschaften*

Beltz Juventa, Mai 2024, 202 Seiten, 44 Euro

kostenfreier PDF-Download unter t1p.de/zivilgesellschaftliche-akteure

Anika Duveneck: *Erwartungen, Erfahrungen und Lernprozesse. Von Kenntnissen aus 15 Jahren Bildungslandschaften lernen in: Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH: It's the education, folks! Zehn Jahre Transferarbeit mit Großstädten, S. 7–9*

kostenfreier PDF-Download unter

t1p.de/duveneck-bildungslandschaften





„Eine sich als gestaltungsorientiert verstehende Kommune sollte nicht auf Engagement an Bildungsübergängen verzichten, füllt sie damit doch Leerstellen im System, für die es ansonsten kein funktionales Äquivalent gibt. Im Kern lässt sich die Funktion kommunalen Übergangsmagements auf die der Information zuspitzen.“

Welchen Einfluss können Kommunen auf Bildungsübergänge nehmen?

Dass Übergänge nicht nur verwaltet, sondern bildungspolitisch und pädagogisch gestaltet werden müssen, erscheint evident. Übergänge sind kritische Punkte, an denen sich ungleiche Bildungs- und Lebenschancen manifestieren. Zudem geraten am Übergang von der Schule in den Beruf zunehmend arbeitsmarktpolitische Argumente in den Fokus der Kommunen, gerade wenn sich Unternehmen und Betriebe vor Ort nicht mehr mit ausreichend qualifiziertem Nachwuchs versorgen können.

Beide argumentativen Anschlüsse werden zwar vielfach genutzt, können aber durch ein kommunales Übergangsmangement angesichts der beschränkten Zuständigkeiten nur marginal adressiert werden. Auf die vornehmlich in Schule und Familie sich vollziehenden Prozesse der Formierung von Bildungsaspirationen und entsprechende Bildungsverlaufsentscheidungen wird ein kommunales Übergangsmangement kaum substanziell Einfluss nehmen können. Dafür fehlt es an Reichweite, beispielsweise in die bildungsbenachteiligten Milieus und die unterrichtlichen Strukturen von Schule; dafür finden entsprechende Aktivitäten zu punktuell statt, zum Beispiel im Leben orientierungsbedürftiger Jugendlicher. In der Zusammenarbeit beispielsweise mit Schulen oder der Bundesagentur für Arbeit sind Kommunen außerdem

auf Goodwill und freiwilliges Engagement angewiesen. Es gibt keine Verpflichtung, sich von einem kommunalen Übergangsmanagement koordinieren zu lassen.

Gleichwohl kann und sollte eine sich als gestaltungsorientiert verstehende Kommune nicht auf Engagement an Bildungsübergängen verzichten, füllt sie damit doch Leerstellen im System, für die es ansonsten kein funktionales Äquivalent gibt. Im Kern lässt sich die Funktion kommunalen Übergangsmanagements auf die der Information zuspitzen, und das in einem zweifachen Sinne:

- Peer-to-Peer-Information im System für das System, nämlich zwischen den Bildungseinrichtungen und Verwaltungseinheiten durch interorganisationale Netzwerke und (zunehmend digitalisierte) Koordinierungssysteme, sowie
- Information vom System für die orientierungsbedürftige Systemumwelt in Richtung der bildungsinteressierten Adressat*innen.

Für die Erfüllung der Informationsfunktion ist essenziell, dass kommunale Anstrengungen auf typische Übergangsprobleme wie die Bewältigung von biografischen Brüchen und familialer Verunsicherung reagieren. Kommunen müssen die sich verändernden bildungsbezogenen Einstellungen, Bedürfnisse und Beratungsanliegen als Handlungsaufforderung begreifen. Vorliegende Konzeptionen eines kommunalen Übergangsmanagements zeigen, dass individuelle wie strukturelle Bedarfe verzahnt gedacht werden sollten: Ein Übergangsmanagement kann beispielsweise auf eine Verbesserung der Berufsorientierung hinwirken, Warteschleifen aufdecken und Maßnahmen zur Verringerung von Wartezeiten vorschlagen, Angebotslücken identifizieren oder die Abstimmung von Fördermaßnahmen begleiten.

Zu den bewährten Praktiken kommunalen Übergangsmanagements gehören:

- Messen und andere Informationsveranstaltungen, die Eltern, Kinder und junge Menschen Bildungswege aufgezeigen und vertiefende Informationen über Bildungsinhalte und pädagogische Programme vermitteln,
- eine Bildungsberichterstattung, die sich dezidiert mit Übergangsschwierigkeiten auseinandersetzt, zum Beispiel mit der frühzeitigen Auflösung von Ausbildungsbildungsverträgen, sowie

→ digital-interaktive Tools, die das unübersichtliche Feld der Bildungsmöglichkeiten individuell greifbar werden lassen. Beispielhaft ist hier der in Düsseldorf pilotierte und unterdessen in weiteren NRW-Kommunen erfolgreich installierte Bildungswegenavigator *BIWENAV*.

Übergangsmanagement: Möglichkeiten und Grenzen

Wie sind diese vielfältigen Aktivitäten im Bereich der Übergangsgestaltung resümierend zu bewerten? Engagierte Kommunen reagieren mit einem Übergangsmanagement auf die aus der Komplexität und Unübersichtlichkeit des Bildungssystems resultierenden Informationsbedarfe. Zudem wird deutlich, dass Kommunen mit einem Übergangsmanagement zwar differenziert berichten, zielorientiert koordinieren und engagiert gestalten können, die sich an Übergängen verfestigenden Chancenungleichheiten werden sie dadurch jedoch nicht signifikant verringern. Allein diese Hoffnung auch nur zu äußern, wäre als Zeichen von Hybris und einer verfehlten, weil evidenzfeindlichen Bildungspolitik zu deuten. Was kommunales Bildungsmanagement leisten kann, ist, kommunale Kräfte an Bildungsübergängen zu mobilisieren und zu bündeln. //

Dr. Christian Brüggemann

Professor für Kinder- und Jugendhilfe
an der Hochschule für Soziale Arbeit und Pädagogik, Berlin

Dr. Björn Hermstein

Professor für Bildungssoziologie in der Sozialen Arbeit
an der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften, Suderburg

+++

**Förderprogramm des NRW-Ministeriums für
Schule und Bildung in Kooperation mit den
Landschaftsverbänden Rheinland und
Westfalen-Lippe: Regionale Bildungsnetzwerke NRW**
t1p.de/bildungsnetzwerke

**Bundesministerium für Bildung und Forschung:
Förderrichtlinien im Rahmen der Transferinitiative**
transferinitiative.de

Gleichwertige Lebensverhältnisse statt Stückwerk

Damit allen Kindern und Jugendlichen gleichwertige Bildungschancen und Lebensverhältnisse ermöglicht werden können, fordert die GEW NRW: Die Politik ist in der Verantwortung und muss kommunale Unterschiede beseitigen. Denn es sind nicht die Kommunen, die etwa durch besseres Übergangsmangement ungleiche Bildungschancen auffangen müssen.

Dass das Bildungssystem aufgrund der föderalen Struktur bundesweit nicht einheitlich gestaltet ist, ist zu einem Allgemeinplatz geworden, der zwar immer noch zu Recht kritisiert wird, aber durch Anerkennungszusagen der Kultusministerkonferenz (KMK) formal weitgehend irrelevant geworden ist. Bei der schulischen „Leistungsfähigkeit“ der verschiedenen Bundesländer sieht es gänzlich anders aus: Während Bundesländer wie Bayern und Sachsen bei Kompetenztestungen meist besser abschneiden als etwa Brandenburg und Berlin, sind es laut Institut für Wirtschaftsforschung gerade letztgenannte Bundesländer, die ihren Schüler*innen mehr – aber immer

noch zu wenig – Chancengleichheit ermöglichen. Es lässt sich also feststellen, dass die Bildungssysteme in den Bundesländern nicht nur unterschiedlich strukturiert sind, sondern auch unterschiedliche Ergebnisse zeitigen.

Was für die Bundesländer gilt, darf auch für Kommunen gelten, obwohl diese häufig in öffentlichen Debatten vergessen werden. Die Kommunen eines Bundeslandes unterscheiden sich zwar nicht so sehr hinsichtlich des Bildungssystems, aber deutlich hinsichtlich ihrer Lebensverhältnisse. Während in Gelsenkirchen fast jedes zweite Kind von Armut bedroht ist und in Duisburg fast jedes dritte Kind, ist es in Coesfeld weniger als jedes zehnte. Auf diese Realitäten müssen Bildungssysteme reagieren können, um allen Kindern bestmöglich gerecht werden zu können.

Strukturelle Grenzen behindern kommunale Bildungsplanung

In gewisser Weise können Kommunen auf die Bedingungen vor Ort reagieren. Sie können im Rahmen der kommunalen Bildungsplanung beispielsweise entscheiden, ob Schulen neu errichtet oder in andere Schulformen transformiert werden. Auf diese Weise könnte dafür gesorgt werden, dass die kommunalen Bedarfe an Schulplätzen befriedigt werden können. Aber schon diese Aufgabe gelingt nicht allen Kommunen: So gibt es in einigen Städten zu wenig Plätze an Gesamtschulen, was zur Folge hat, dass manche



Kinder nicht in einem integrativen System beschult werden, obwohl es ihre Präferenz gewesen wäre. Von der kommunalen Abstimmung über die Absichten in puncto Bildungsplanung bis hin zur konkreten Planung, Ausgestaltung, Ausschreibung und letztlich dem Bau einer neuen Schule vergehen schnell Jahre – Jahre, in denen sich Bedarfe verändern können. Neben der bloßen Planung von Schulbauten können Kommunen außerdem eine Verzahnung von schulischen und außerschulischen Angeboten schaffen und das als Instrument zur Gestaltung der Bildungslandschaft nutzen. Durch ein solches Vorgehen können Bildungsangebote nicht nur qualitativ und praxisnah abgesichert, sondern auch Übergänge gestaltet werden, etwa von der Schule in die Ausbildung.

Häufig stoßen Ideen und der Versuch einer abgestimmten Planung der Kinder- und Jugendbildung an strukturelle Grenzen, die in Bildungsföderalismus, den Landesgesetzen und der Trennung von inneren und äußeren Schulangelegenheiten zu verorten sind. Gewiss will keine Kommune für ihre Kinder und Jugendlichen ein schlechteres Angebot bereithalten als andere Kommunen, aber ihre Möglichkeiten sind oftmals begrenzt: Eine fehlende Entlastung der Kommunen von den Altschulden durch das Land, zu wenig Personal im öffentlichen Dienst – Stichwort fehlende Attraktivität – und die Befürchtung, Zeit und Geld in Projekte zu investieren, die hinterher nicht umgesetzt werden (dürfen), führen dazu, dass

die kommunale Bildungsplanung zwar in den Schulbauten einen gemeinsamen Nenner findet, aber in der qualitativen Ausgestaltung der kommunalen Bildungslandschaft stark auseinandergeht.

Politik muss kommunale Unterschiede beseitigen

Förderprogramme, die die kommunale Planung beziehungsweise das „Management“ vor Ort unterstützen, sind gut und sinnvoll, aber keineswegs das, was politisch gebraucht wird. Anstatt den bestehenden Flickenteppich auszuweiten, wäre es Zeit, kommunale Unterschiede auszumerzen. Die grundgesetzlich abgesicherte Gestaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch die Regierung (Artikel 72 GG) ist angesichts der enormen gesellschaftlich produzierten Ungleichheit genauso wenig erfüllt wie etwa die in den UN-Kinderrechtskonventionen festgeschriebenen „angemessenen Lebensstandards“ (Artikel 27 UN-KRK). Das zu beheben, ist Aufgabe von Politik. Anstatt weiter an einigen Leuchtturmprojekten zu arbeiten, die nur einigen Kindern zugutekommen, wäre es besser, etwas für alle Kinder zu tun! //

Kenneth Rösen

Experte der GEW NRW für Bildungspolitik

Knotenpunkte von Machtverhältnissen

Übergänge scheinen auf den ersten Blick nur auf der individuellen Ebene Auswirkungen zu haben. Im Interview erklärt Übergangsforscher Markus Rieger-Ladich, warum sie keineswegs harmlose Gegebenheiten im Lebenslauf sind und welche Bedeutung ihnen insbesondere für die Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse zukommt.

Übergänge im Leben von Menschen harmlos zu besprechen, liegt Ihnen fern. Nicht zuletzt deshalb gehen Sie ihnen wissenschaftlich auf den Grund. Was macht Übergänge mitunter zu herausfordernden und aufregenden Angelegenheiten?

Markus Rieger-Ladich: Es ist deshalb brisant, Übergänge zu erforschen, weil sie Knotenpunkte von Machtverhältnissen darstellen. Hier steht viel auf dem Spiel, hier werden Entscheidungen getroffen, die biografisch bedeutsam sind. Ich will das an einem Beispiel erläutern: Vor wenigen Tagen habe ich an einer Promotionsprüfung teilgenommen. Mit

der Disputation ging eine Lebensphase zu Ende – die Arbeit an der Dissertation, die viele Jahre in Anspruch genommen hat. Seit der erfolgreichen Prüfung trägt die betreffende Person nun den Dokortitel. Mit diesem Titel werden Berechtigungen verliehen. Und an den Titel sind Erwartungen geknüpft. Der Übergang bringt sogar Änderungen in offiziellen Dokumenten wie dem Pass mit sich. Er wird aktenkundig. Und alle, die einmal an einer solchen Prüfung teilgenommen haben, wissen um die Anspannung und Aufregung, die im Raum entsteht. >>

+++

DFG-Graduiertenkolleg:
*Doing Transitions. Formen der
Gestaltung von Übergängen
im Lebenslauf*
doingtransitions.org

TIPP ZUM WEITERLESEN

Markus Rieger-Ladich:
*Das Privileg.
Kampfvokabel und
Erkenntnisinstrument*
Reclam Denkraum, August
2023, 192 Seiten, 16 Euro

Was macht dieses Beispiel für Sie als Übergangsforscher so interessant?

Markus Rieger-Ladich: Der Übergang ist ein Statuswechsel und positioniert die Person gesellschaftlich auf neue Weise. Und weil daran Berechtigungen geknüpft sind, werden Übergänge reguliert. Es können durchaus nicht alle mit Wohlwollen rechnen, wenn sie an der Schwelle eines Übergangs stehen. Im Rückblick liest sich das Promotionsverfahren wie eine Erfolgsgeschichte: Die Kandidatin stammt aus einer strukturschwachen Region in Süditalien; in ihrer Familie gab es zuvor keine Akademiker*innen. Schon der Wechsel an das Gymnasium war ein Wagnis. Dann spielte sie mit dem Gedanken, ein Studium aufzunehmen. Als auch das klappte, entdeckte sie die Leidenschaft für die Wissenschaft, zog nach Deutschland. Und dann – der letzte große Sprung: Sie entschied sich, zu promovieren. Und das ohne ein Elternhaus, das die Finanzierung übernahm. Das war nicht möglich. Also ging es darum, ein Stipendium zu ergattern, andere von dem eigenen Vorhaben zu überzeugen.

Sind Übergänge denn ganz natürlich kritische Sprünge und stets Wagnisse im Leben eines Menschen?

Markus Rieger-Ladich: Na ja, schon der Einstieg in unser Leben ist recht brutal. Der Wechsel aus dem Leib der Mutter in die Welt beginnt nicht selten mit Schreien. Es ist hell, es ist kalt, ganz anders als vorher. Das ist der erste Übergang. Die Geburt würde ich daher zu den elementaren Übergängen zählen. Mit der Geburt betreten wir eine Bühne, auf der wir unser Leben leben. Und sind dann immerzu damit

beschäftigt, Komplexität zu reduzieren – einfach, weil viel zu viel auf uns einströmt. Und so unterscheiden wir zum Beispiel Lebensalter; sprechen von Kindheit, Jugend, vom Alter und so weiter. In der Regel tun wir das recht naiv und unterstellen, dass es Kindheit und Jugend einfach gibt. Genauso wie, dass es nachts dunkel wird und morgens wieder hell.

Die Geschichtswissenschaft aber zeigt, dass Kindheit eine späte Erfindung ist. Über Jahrhunderte hinweg haben wir das Leben organisiert, ohne mit dieser Kategorie zu arbeiten. Noch heute gibt es Gesellschaften, in denen Kindheit ein Privileg ist, das sich nur die „besseren Kreise“ leisten können. Hier kommt also keine „natürliche Ordnung“ zum Ausdruck. Der Philosoph Michel Foucault hat das schön formuliert. Er meinte: „Die Welt zeigt uns nicht ein Gesicht, das wir nur noch entziffern müssen.“ Nein, wir Menschen sind es, die Ordnungen stiften. Niemand sonst. Wir arbeiten mit Kategorien, wir verteilen Zugehörigkeit. Und wer zu welcher Gruppe gehört, wer zu welchem Geschlecht – das sind keine harmlosen Angelegenheiten.

Wie trägt Ihre Forschung dazu bei, dass sich gesellschaftlich etwas bewegt und demokratische Ordnung gelebt wird?

Markus Rieger-Ladich: Die Übergänge, die ich mit meinen Kolleg*innen im Graduiertenkolleg *Doing Transitions* erforsche, sind immer rückgebunden an symbolische Ordnungen und ökonomische Verhältnisse. Bei der Geburt geht's ja schon los, wenn die Tante fragt, was es denn geworden ist. Und dabei klingt schon die Frage an, was es denn heißt, ein „richtiger Junge“ und ein „richtiges

>>



MARKUS RIEGER-LADICH

ist Professor an der Universität Tübingen. Er lehrt Allgemeine Erziehungswissenschaft und ist Mitglied des Graduiertenkollegs *Doing Transitions* sowie des Netzwerks *Theoretische Forschung in der Erziehungswissenschaft*.

Mädchen“ zu sein. In der Frage nach dem Geschlecht artikuliert sich daher nicht nur Neugierde, hier werden auch normative Erwartungen aufgerufen. Spielen wir das einmal durch. Nehmen wir an, aus dem Neugeborenen wird ein junges Mädchen, das irgendwann feststellt, dass es andere Mädchen nicht nur viel sympathischer als Jungen findet, sondern diese auch begehrt. Ihren ersten Kuss will sie keinem von den doofen Jungen geben. Sie hat von „heteronormativen Ordnungen“ noch nichts gehört, doch sie weiß, dass als normal gilt: Frauen verlieben sich in Männer und umgekehrt. Aber sie trifft sich jetzt immer häufiger mit einem Mädchen. Und irgendwann verlieben sie sich, werden ein Paar. Dann kommt der Moment, in dem sie es ihrer Familie und ihren Freund*innen sagt. Dieses Outing ist ein lupenreiner Übergang. Danach ist sie nicht mehr dieselbe. Wenn sie Glück hat, wird ihr Outing von allen begrüßt. Aber davon kann sie nicht ausgehen. Sie muss leider mit Ressentiments, Vorbehalten und Diskriminierung rechnen – bisweilen auch mit Gewalt.

Wem an der Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse gelegen ist, sollte sich daher auch für Übergänge interessieren. Und dann muss man Verteilungskämpfe zum Gegenstand machen, man muss die Privilegierung gesellschaftlicher Gruppen aufdecken. Anders formuliert: Die Demokratisierung des Geschlechterverhältnisses wird nicht vorankommen, ohne dass weiße Männer wie ich etwas von ihren Privilegien abgeben. Die wenigsten tun das gern, schon klar. Das rührt an Machtverhältnissen; hier müssen Ressourcen und Kapital umverteilt werden.

Wie können Menschen eine Ordnung stiften, die Teilhabe und weniger kritische Übergänge für alle ermöglicht? Welche Veränderungen sind bereits im Gange?

Markus Rieger-Ladich: Wenn wir heute über Gleichstellung und Diversität sprechen, über Partizipation und Demokratisierung von Bildung, dann sind das Zeichen dafür, dass sich schon viel tut. Auf der anderen Seite bleibt aber noch eine Menge zu tun. An der Universität Tübingen denken wir darüber nach, wie wir jenen, die über keinen akademischen Background verfügen, den Einstieg erleichtern können. Wir müssen uns um eine Willkommenskultur bemühen – und das nicht nur für Studierende aus der Arbeiter*innenklasse oder aus prekären Familienverhältnissen, sondern auch für solche, die aus dem Ausland nach Deutschland kommen. Auch das ist ein Übergang, der scheiteranfällig ist. Wir müssen Bildungseinrichtungen auf verdeckte Formen der Diskriminierung und Ausgrenzung untersuchen.

Ich warne also davor, dass wir die Selbstbeschreibung unserer Gesellschaft für bare Münze nehmen. Die Gesellschaften des Globalen Nordens beschreiben sich als meritokratisch: Hier gilt die Bestenauslese, Herkunft darf bei der Zuweisung der gesellschaftlichen Position keine Rolle spielen. Auch Hautfarbe, sexuelle und religiöse Orientierung dürfen hier nicht berücksichtigt werden. Das ist unser normatives Selbstbild; darauf haben wir uns verpflichtet. Gleichzeitig wissen wir, dass das nicht der Fall ist. Wir wissen, dass Zugänge und Teilhabe immer noch höchst ungleich sind. Mit den Forschungen unseres Graduiertenkollegs wollen wir also auch dazu bei-

tragen, diese edle Selbstbeschreibung etwas zu entzaubern und daran zu erinnern, dass unsere Gesellschaft nicht einlöst, was sie verspricht.

Dabei zeigt das Geschlechterverhältnis, dass es durchaus Grund zur Hoffnung gibt. Lange dachten wir, hier regiere nur die Natur. Der Feminismus und die Geschlechterforschung haben – gegen viele Widerstände – gezeigt, dass es sich dabei um eine symbolische Ordnung handelt. Nun ist auch die queere Community sehr präsent. Und sie erinnert uns daran – zuletzt beim Eurovision Song Contest 2024 –, dass symbolische Ordnungen veränderbar sind. Wir können uns verweigern, auch in anderen Bereichen, und bleiben im besten Falle dabei nicht allein, suchen Bündnisse und solidarische Kontexte. Das ist zwingend notwendig, denn die fortschreitende Liberalisierung und Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse wird nicht von allen befürwortet. Wir müssen uns auf Gegenwind einstellen. //

Die Fragen stellte Sherin Krüger.

freie Journalistin

////////////////////////////////////
 **ANONYME VERÖFFENTLICHUNG**

Ich möchte dem Artikel „Eine Niederlage der bürgerlichen Mitte?“ über das Thema Gendern ein wenig widersprechen. Eines der Kontraargumente, dass „die Lesbarkeit [...] von Begriffen und Texten“ beeinträchtigt sein kann, wird als „Übernahme rechter Diskursstrategien“ abgetan, da die AfD sich dieses Argument zunutze mache. Ein Argument nur aus diesem Grund zu diskreditieren, trägt meines Erachtens zum Problem gesellschaftlicher Spaltung bei. Die Mehrheit lehnt das Gendern laut Umfragen ab, nicht weil sie zwangsläufig rechts ist, sondern wahrscheinlich eher wegen empfundener sprachlicher Sperrigkeit. Das Moralisierende, Menschen schnell als „schlecht“ oder rechts einzuordnen, tritt immer häufiger auf.

Im Artikel wird das Genderverbot kritisiert, umgekehrt aber nicht erwähnt, dass es in Institutionen wie der Hochschule einen Zwang in Form moralischer Anspruchshaltung zum Gendern gibt. Da dies jedoch mehrheitlich abgelehnt wird, entfernen sich Institutionen von der gesellschaftlichen Mitte.

zu lautstark. 02/2024: Eine Niederlage der bürgerlichen Mitte?

 **MARCEL HALDENWANG**

Ernsthaft? Eine ganze Ausgabe „gegen rechts“! Sogar die taz hat erkannt, dass ein Vergleich mit 1933, wie ihn die GEW vornimmt, im Grunde den Holocaust verharmlost und übersieht, dass das „Nie wieder“ sich auf den Terrorangriff der Hamas auf das jüdische Volk bezog und dann vereinnahmt wurde von den „Demos gegen rechts“, wo mancherorts Antisemiten munter mitmarschieren durften. Ich bin kein Freund von Guerot, aber ihre These, wonach das Faschistoide Deutschland von links bedroht, erscheint mir zunehmend plausibel.

Ich erwarte in der nächsten Ausgabe eine ebenso kritische Auseinandersetzung mit Fasers geplantem „Demokratiefördergesetz“. Was Faser da zusammen mit dem Verfassungsschutz vorhat, ist Orban von links!

zu lautstark. 02/2024: Themenschwerpunkt Wir gegen Rechts

 **GEORG KAUFMANN**

Die Stellungnahmen der Gewerkschaften, auch der GEW, sagen: Die AfD ist nicht wählbar. So weit, so gut. Alle anderen Parteien können wir dann guten Gewissens wählen? Schon in der Beilage *Unruhestand* wird darauf verwiesen, dass die Regierungs- und auch Oppositionsparteien zum Beispiel in der Flüchtlingspolitik immer weiter nach rechts rücken. Sie nähern sich der AfD an, so auch in der Frage des Genderns im Schriftgebrauch. Was ich nicht verstehe: Die Frage der Militarisierung der Schule und auch der Gesamtgesellschaft durch Regierung und Opposition wird mit keinem Wort erwähnt. [...]

Ein Richtziel unserer pädagogischen Arbeit in jeder Schulform ist, „Ein friedliches und gewaltfreies Zusammenleben zu lernen.“ [...] Gehe ich von diesem Ziel aus, muss ich mich ganz klar dagegen wehren, dass Offiziere in die Schulen kommen, um unseren Kindern Konfliktlösungen mit Gewalt schmackhaft zu machen! Ich muss mich dagegen wehren, wenn unsere Bildungsministerin vorschlägt, schon in der Schule Kriegsvorbereitungen zu üben. Ich muss mich dagegen wehren, wenn die Zivilklauseln in den Hochschulen aufgehoben werden, damit Rüstungskonzerne in den Universitäten neue Waffen entwickeln können. [...]

Wir müssen uns aktiv auf allen Ebenen dagegen zur Wehr setzen – auf politischer Ebene, auf Personalratsebene, auf Schulebene und auch in unseren Zeitungen und Zeitschriften. Die herrschende Politik zerstört unsere Wirtschaft, unser Land und unsere Umwelt! Gerade wir als Pädagogen, die Frieden lehren wollen, sind da gefragt. [...]

zu lautstark. 02/2024: Themenschwerpunkt Wir gegen Rechts

LIEBE LESER*INNEN,

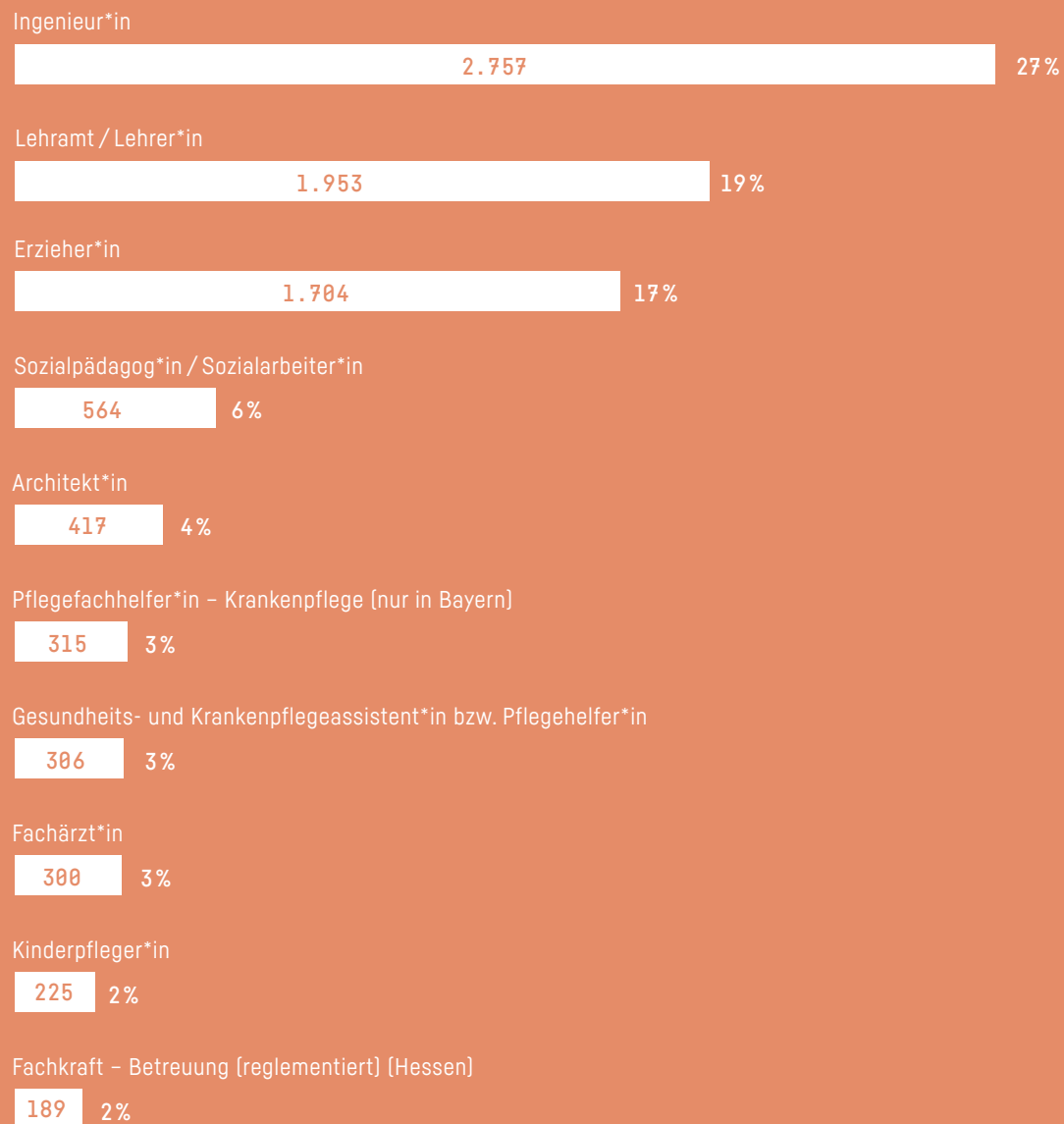
wir sind gespannt auf eure Meinungen – schickt sie uns per E-Mail an leserbrief@lautstark-magazin.de. Damit möglichst viele Zuschriften Platz finden, behalten wir uns Kürzungen vor. *lautstark*-Redaktion

ZUSAMMENHALTEN

Arbeitsplatz und Solidarität

Übergänge leichter machen – wertvolle Potenziale nutzen!

Gleich drei Bildungs- und Erziehungsberufe gehörten 2022 zu den zehn häufigsten Berufen, für die zugewanderte Menschen die Anerkennung ihrer ausländischen Berufsabschlüsse beantragten.



Quelle: Amtliche Anerkennungsstatistik landesrechtlich geregelter Berufe 2022. Berechnung des Statistischen Bundesamtes und des BIBB, Darstellung des BIBB

Auf Umwegen ins deutsche Lehrer*innenzimmer

Zugewanderte Lehrkräfte sind angesichts unbesetzter Stellen ein großes Potenzial für deutsche Schulen. Doch oft gelingt es nicht, Lehrer*innen aus dem Ausland entsprechend ihrer Qualifikation in Deutschland zu beschäftigen – obwohl sie den Unterricht und die Institution Schule bereichern können. Eine dieser Lehrerinnen ist Mehtap Suvaroglu.

„Niemals hätte ich gedacht, dass mein Einstieg in den Schuldienst so schwierig wird – vor allem nicht bei meinem Hintergrund“, sagt Mehtap Suvaroglu. Die heute 35-Jährige ist in Deutschland geboren und zur Schule gegangen. „Nach meinem Abitur wollte ich raus in die Welt. Ich habe mich für Istanbul entschieden und 2008 begonnen, an der dortigen Universität Deutsch zu studieren.“ In der Türkei war der Einstieg als Lehrerin nach ihrem Bachelor kein Thema, ein Referendariat gibt es dort nicht: „Direkt nach meinem Abschluss arbeitete ich an einer österreichischen Stiftungsschule – meine Qualifikation passte genau in das Konzept. Und zeitgleich konnte ich meinen Master machen.“

Vielleicht hätte einfach alles so bleiben können. Doch nach fast einem Jahrzehnt in der Türkei wurde deutlich, dass sich die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze in der Türkei fortwährend von Mehtap Suvaroglus eigenen Werten entfernten. „Die Lage spitzte sich immer mehr zu – und ich konnte mir nicht vorstellen, dass meine Tochter in der Türkei aufwächst. Bildung und Gesundheit wurden zu mehrheitlich privaten, finanziellen Institutionen, die man sich nur schwer leisten konnte. Was in Deutschland selbstverständlich war, galt in der Türkei als Luxus.“ Auch ihr Mann war bereit, über einen Umzug nachzudenken. „Wir haben in den Osterferien mehrere Städte rund um Oberhausen, Köln und Berlin bereist und am Ende war er sich sicher, dass wir uns hier ein Leben nach unseren Vorstellungen aufbauen können.“

Richtlinien für Anerkennung von ausländischen Abschlüssen? Fehlanzeige!

Noch aus der Türkei heraus begann Mehtap Suvaroglu, ihren Berufseinstieg in Deutschland zu organisieren. Trotz ihrer Kinder- und Jugendzeit – und damit ohne Sprachbarriere, die alles noch verkompliziert hätte – stieß sie auf Hürden: „Es begann ein kräftezehrender Schriftverkehr mit den Bezirksregierungen in Düsseldorf und Detmold. Nach langem Hin und Her stellte sich raus, dass das Problem im Vergleich meines türkischen Abschlusses mit den deutschen Hochschulabschlüssen liegt. Ich habe einen Master of Arts absolviert und keinen Master of Education. Und es fehlt das Referendariat. Für diesen Fall gibt es keine Richtlinien.“

Oft bestehen Unterschiede in den Fächern bei einem Studium im Ausland im Vergleich zu Deutschland. „Aus meiner Sicht gehört dieses System dringend überdacht. Wir brauchen Lehrer*innen, aber gut ausgebildete Kräfte können aufgrund von bürokratischen Auflagen nicht arbeiten.“ Viele Menschen wählen Abzweigungen, um Tätigkeiten zu finden, die ihrer ursprünglichen Qualifikation zumindest ähneln. So auch Mehtap Suvaroglu: „Man bot mir an, dass ich in einem dreijährigen Prozess ein zweites Fach studieren und das Referendariat nachholen könne. Das war für mich in meiner damaligen Situation keine Option: Meine Tochter war gerade zwei Jahre alt und mein Mann musste erst einmal in Deutschland ankommen – ich wollte arbeiten.“

Einstieg über viele Umwege – und doch noch nicht am Ziel

Also schickte Mehtap Suvaroglu ihre Unterlagen an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und erhielt recht zügig ein Zertifikat für die Arbeit in Integrationskursen, in denen sie Deutsch als Zweitsprache unterrichtete. „Ich war froh, dass ich arbeiten konnte, aber wirklich glücklich war ich nicht.“ Deshalb hielt sie weiter die Augen nach möglichen Einstiegschancen auf: „Die Robert-Koch-Grundschule in Oberhausen suchte eine Lehrerin für den Herkunftssprachlichen Unterricht >>



Foto: privat

MEHTAP SUVAROGLU

ist Lehrerin für Herkunftssprachlichen Unterricht an einer Oberhausener Grundschule. Die 35-Jährige hat in Istanbul Deutsch studiert und dort parallel zum Master-Studium bereits als Lehrerin gearbeitet. Ihr Einstieg in den deutschen Schuldienst war alles andere als unkompliziert.

(HSU) – für mich bot sich damit die Gelegenheit, in den Schuldienst einzusteigen.“ Ihre Bewerbung war erfolgreich und mittlerweile unterrichtet Mehtap Suvaroglu seit vier Jahren an der Schule.

Ob sie zufrieden ist mit dieser Lösung? „Ich bin froh, dass ich den Einstieg geschafft habe. Doch es ist verrückt: Ich gehe als Frau mit Migrationshintergrund nach Istanbul, um dort Deutsch zu studieren. Und kehre zurück und unterrichte in Deutschland Türkisch. Meine Idealvorstellung ist das nicht – zumal ich der Meinung bin, dass Menschen mit meinem Hintergrund im Rahmen des HSU viel mehr leisten können. Mein großer Wunsch ist es, dass ich irgendwann Deutsch und Türkisch lehren darf.“ Denn Mehtap Suvaroglu weiß: „Ich bin auch ein Vorbild für die Schüler*innen, Übersetzerin und Vertraute.“ Damit übernimmt sie eine Schlüsselrolle für die Kinder.

Das Potenzial zugewanderter Lehrkräfte in Perspektiven verwandeln

Ein weiteres Manko: Mehtap Suvaroglu ist – trotz aller Unterstützung und Wertschätzung, die sie an ihrer Schule erfährt – nicht mit anderen Lehrer*innen gleichgestellt. Wie viele andere wird sie nach Tarif bezahlt, eine Verbeamtung ist ausgeschlossen.

Was sie anderen Lehrer*innen, die aus dem Ausland kommen und im deutschen Schuldienst arbeiten wollen, rät? „Direkt loslegen – wenn auch zunächst nur über Umwege – und Kontakte knüpfen. Und vor allem versuchen, sich Unterstützung zu holen, die an vielen Stellen fehlt. Ich habe diese nur von der GEW bekommen, die sich sehr dafür einsetzt und auch den Austausch zu anderen Lehrkräften fördert.“ Den berufsbegleitenden Seiteneinstieg OBAS sieht sie ebenfalls als gute Option für HSU-Lehrkräfte. „Wer weiß, vielleicht nutze ich diese Gelegenheit auch noch für mich – um irgendwann doch so arbeiten zu können, wie ich mir das vorstelle.“ //

Denise Heidenreich

freie Journalistin

+++

GEW NRW: Ein großes Plus für alle Schulen. Hohe Hürden für im Ausland ausgebildete Lehrkräfte
(in: *lautstark*. 05/2022)

t1p.de/lautstark-lehrkraefte-ausland

GEW: Studie Verschenkte Chancen?! Die Anerkennungs- und Beschäftigungspraxis von migrierten Lehrkräften in den Bundesländern

t1p.de/gew-verschenkte-chancen

Bildungsportal NRW: Überblick über Zuständigkeiten für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse

t1p.de/auslaendische-abschluesse

Bezirksregierung Arnsberg: Anerkennungsstelle für den Lehrkräftebereich

t1p.de/erkennung-lehrkraefte



POTENZIALE NUTZEN – HÜRDEN ABBAUEN!

Nur etwa 20 Prozent der nach Deutschland migrierten Lehrkräfte mit ausländischen Abschlüssen erhalten in Deutschland eine volle Lehramtsbefähigung. Zu diesem Ergebnis kommt die von der GEW in Auftrag gegebene Studie *Verschenkte Chancen?!*. Diese Quote bedeutet verschenktes Potenzial! Nicht nur in Zeiten eines eklatanten Lehrkräftemangels sind zugewanderte Lehrkräfte eine sehr große Unterstützung. Sie sind für Schulen oft eine wertvolle Bereicherung im Umgang mit Schüler*innen mit internationaler Familiengeschichte.

Die GEW NRW setzt sich deshalb dafür ein, dass Hürden bei der Anerkennung internationaler Lehramtsabschlüsse aus allen Ländern abgebaut und die Beschäftigungschancen zugewanderter Lehrer*innen verbessert werden. Die Bildungsgewerkschaft fordert:

- Hochschulen sollen Unterstützungsprogramme beziehungsweise Kurse anbieten, die ausländische Lehrkräfte auf die Ausgleichsmaßnahmen vorbereiten.
- Anerkennungsverfahren und Ausgleichsmaßnahmen müssen niedrigschwelliger gestaltet und die damit verbundenen Kosten für migrierte Lehrkräfte gesenkt werden.
- Vermeintliche Unterschiede in der Ausbildung sollen durch berufsbegleitende Maßnahmen ausgeglichen werden.
- Bewerber*innen mit internationalen Abschlüssen mit nur einem anerkannten Fach sollen in das schulscharfe Einstellungsverfahren aufgenommen werden. Der Erwerb eines Zweitfaches soll vereinfacht werden.
- Anpassungslehrgänge, Deutschsprachkurse und Angebote zu berufsbezogenem Spracherwerb müssen vermehrt angeboten werden.
- Programme und Projekte wie *Lehrkräfte Plus* und *Internationale Lehrkräfte Fördern (ILF)* müssen entwickelt und ausgeweitet werden.
- Haben zugewanderte Lehrkräfte Programme wie *ILF* erfolgreich absolviert, müssen ihnen feste Einstellungsmöglichkeiten angeboten werden.
- Für Lehrkräfte mit ausländischen Lehramtsabschlüssen, die bereits in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis sind – zum Beispiel HSU-Lehrkräfte-, müssen berufsbegleitende Weiterqualifizierungsmöglichkeiten angeboten werden.
- Vorhandene Berufserfahrungen im schulischen Feld müssen im Anerkennungsverfahren als förderliche Zeiten großzügig berücksichtigt werden.

Zülfü Gürbüz

Landesausschuss Migration, Diversity, Antidiskriminierung der GEW NRW

Versetzung: Was Lehrer*innen wissen sollten

Veränderungen in der Lebenssituation, der Partnerschaft oder den Familienverhältnissen – es gibt viele Gründe, aus denen Lehrer*innen den Arbeitsort wechseln wollen. Wir beantworten die wichtigsten Fragen rund um die Versetzung – innerhalb von NRW und darüber hinaus.



+++

OLIVER: Onlineversetzung NRW

t1p.de/oliver-portal

**Bereinigte Amtliche Sammlung
der Schulvorschriften (BASS) sNRW:**

Versetzungserlass

<https://t1p.de/bass-versetzung>

**Ministerium für Schule
und Bildung NRW: Jährlicher
Versetzungserlass (2024)**


t1p.de/versetzungserlass-2024

**Kultusministerkonferenz:
Infos zum Lehrkräfteaustausch**

t1p.de/kmk-lehrkraefteaustausch



Ich möchte mich innerhalb von NRW versetzen lassen.



Wer kann am Versetzungsverfahren innerhalb von NRW teilnehmen?

- Alle Personen, die
- als Lehrer*innen oder Fachkräfte mit anderen Professionen unbefristet im öffentlichen Schuldienst des Landes NRW beschäftigt sind und
 - keine Funktionsstelle innehaben und
 - als Lehrkräfte eine laufbahngleiche Versetzung beziehungsweise als Fachkräfte mit anderen Professionen eine professionsgleiche Versetzung anstreben und
 - die sich derzeit nicht in einer Beurlaubung befinden. //

Von wo nach wo kann ich mich versetzen lassen?

Versetzungen können innerhalb der Schulformen und schulformübergreifend entsprechend der Lehramtsbefähigung der jeweiligen Lehrkraft beziehungsweise bei anderen Berufsgruppen professionsgleich erfolgen. Sie sind im Rahmen pädagogischer beziehungsweise fachlicher Notwendigkeiten landesweit durchzuführen. //

Wie sind die Erfolgsaussichten, wenn ich eine Versetzung beantrage?

Der gesetzliche Auftrag lautet zwar, der Dienstherr habe „im Rahmen des Dienst- und Treueverhältnisses für das Wohl des Beamten und seiner Familie [...] zu sorgen.“ Ein Rechtsanspruch auf eine Versetzung lässt sich daraus jedoch nicht ableiten. Für die Schulbehörde haben dienstliche Argumente oft Vorrang. Die Mitbestimmungsrechte des Personalrats sorgen für eine gerechte Durchführung des Versetzungsverfahrens.

Die Erfolgsaussichten eines Versetzungsantrags hängen von der jeweiligen personellen Situation in der Schule ab und auch von der Fächerkombination, die gegebenenfalls in der abgebenden Schule bei einer Versetzung fehlt. In der derzeitigen Situation des Lehrkräftemangels kommt es bei der Entscheidung sehr auf den Einzelfall an. //

Welche Fristen und Formalitäten muss ich beachten?

Versetzungen aus persönlichen Gründen werden ausschließlich zum 1. August eines jeden Schuljahres durchgeführt. OLIVER – die Plattform zur Einreichung des Antrags – bietet eine Auswahl an allgemeinen Gründen an. Außerdem gibt es die Möglichkeit, im Papierantrag weitere schriftliche Nachweise beizufügen, die eine Versetzung notwendig erscheinen lassen.

- Die Antragsfrist endet am 30. November des Vorjahres.
- Der Antrag muss fristgerecht online über die Plattform OLIVER übermittelt werden.
- Bei erstmaliger Antragstellung ist eine Registrierung im Bildungsportal nötig.
- Zusätzlich ist der Antrag in ausgedruckter Form innerhalb von sieben Kalendertagen bei deiner Schulleitung einzureichen. Es zählt das Datum des Posteingangs. Nur so wird die Antragsfrist gewahrt. //

Was ist eine Freigabe und wer erteilt sie?

Eine Freigabe ist die Grundvoraussetzung für eine Versetzung.

- Die Entscheidung über eine Freigabe trifft die zuständige Bezirksregierung unter Abwägung der persönlichen Gründe mit den dienstlichen Interessen an einer Sicherstellung der Unterrichtsversorgung der Schulen.
- Eine Freigabe führt jedoch nicht automatisch auch zu einer Versetzung.
- Fünf Jahre nach dem ersten zulässigen Versetzungsantrag erfolgt eine automatische Freigabe. //

»



**Ich möchte
mich aus NRW
in ein anderes
Bundesland
versetzen lassen.**



Wer kann am Versetzungsverfahren von NRW in ein anderes Bundesland teilnehmen?

- Alle Lehrkräfte, die
- unbefristet im öffentlichen Schuldienst des Landes NRW beschäftigt sind und
 - keine Funktionsstelle innehaben und
 - sich innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland versetzen lassen möchten. //

Wessen Regelungen gelten bei der Versetzung: die des abgebenden oder die des aufnehmenden Bundeslandes?

Die Übernahmemodalitäten richten sich nach dem aufnehmenden Bundesland, zum Beispiel in Fragen der Anerkennung und der Besoldung oder des Gehalts.

Um die gegenseitige Anerkennung von Lehramtsabschlüssen zu sichern, hat die Kultusministerkonferenz 1999 die maßgebliche Grundlage im Beschluss *Gegenseitige Anerkennung von Lehramtsprüfungen und Lehramtsbefähigungen* geschaffen. //

Welche Fristen und Formalitäten muss ich beachten?

Versetzungen werden zum 1. Februar oder 1. August eines jeden Schuljahres durchgeführt.

- Im Verfahren zum 1. Februar endet die Antragsfrist am 30. Juni des Vorjahres.
- Im Verfahren zum 1. August endet die Antragsfrist am 10. Januar des laufenden Jahres.
- Der Versetzungsantrag ist innerhalb der angegebenen Frist online zu stellen und auszudrucken.
- Der Onlineantrag ist dann erfolgreich übermittelt worden, wenn du ihn nach erfolgter Eingabe ausdrucken kannst.

- Der Papierausdruck muss in vierfacher Ausführung innerhalb von sieben Kalendertagen bei deiner Schulleitung unterschrieben und fristgerecht eingereicht werden. Es zählt das Datum des Posteingangs.
- Sollte eine Versetzung in verschiedene Bundesländer gewünscht werden, sind je Bundesland zusätzlich zwei weitere Kopien beizufügen.
- Außerdem sind dem Antrag unbedingt alle geforderten Nachweise in Kopie beizufügen, zum Beispiel Zertifikate, Nachweise über Erweiterungsprüfungen oder Zusatzqualifikationen, der Schwerbehinderungsnachweis oder der Gleichstellungsbescheid. //

Was ist eine Freigabe und wer erteilt sie?

Eine Freigabe ist die Grundvoraussetzung für eine Versetzung. Die Entscheidung über die Freigabe trifft die zuständige Bezirksregierung unter Abwägung deiner persönlichen Gründe mit den dienstlichen Interessen an einer Sicherstellung der Unterrichtsversorgung der Schulen. Eine Freigabe führt aber nicht automatisch auch zu einer Versetzung. //

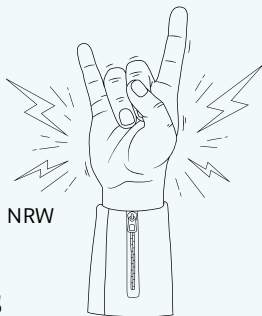
Gibt es noch andere Möglichkeiten zum Wechsel des Bundeslandes?

Es gibt die Möglichkeit, sich bei anderen Bundesländern direkt auf dort ausgeschriebene Stellen zu bewerben. Auch dazu ist eine Freigabeerklärung nötig. //

Ute Lorenz

Expertin für Personalvertretungsrecht,
Beamt*innenpolitik und Dienstrecht
der GEW NRW

Kleine Pause



Bildungsurlaub des DGB-Bildungswerks NRW

MUSIK ALS AUSDRUCK POLITISCHEN PROTESTS

Musik und Politik, Musik und Gesellschaft. Widerstand in Liedform lautet der Titel des neuen Bildungsurlaubsseminars des DGB-Bildungswerks NRW. Während der fünftägigen Veranstaltung werfen die Teilnehmer*innen einen Blick auf den Zusammenhang von Musik und Politik, schauen sich entsprechende Theorien an, diskutieren an namhaften Beispielen die Wechselwirkung von Musik und gesellschaftspolitischen Entwicklungen beziehungsweise Ereignissen und schreiben einen eigenen Song mit aktuellem Bezug.

Stattfinden wird das Seminar vom 18. bis 22. November 2024 im Unperfekthaus in Essen, die Kosten inklusive Verpflegung betragen 450 Euro. Teilnehmen können alle am Thema Interessierten.

Weitere Infos und Anmeldungen

tip.de/bildungswerk-musik

Im Juni erhält den LesePeter das Jugendbuch

GENDERQUEER. EINE NICHTBINÄRE AUTOBIOGRAFIE

Maia Kobabe,
aus dem Amerikanischen von Matthias Wieland
Berlin, Reprodukt, 2024, ab 16 Jahren



Maia Kobabe erzählt in der autobiografischen Graphic Novel vom Ausprobieren verschiedener Genderrollen und sexueller Identitäten, um dann schließlich nicht-binär und asexuell durchs Leben zu gehen. Es geht um Fragen wie: Wie erklärt man jemandem, was man nur erahnt? Was man so intensiv fühlt und doch nie fasst? Wie erklärt man den Menschen, die man liebt, dass man jemand anderes ist, sich anders wahrnimmt, anders begehrt? Bei der Lektüre kann man erfahren, wie herausfordernd und lohnenswert es ist, sich selbst zu finden.

20 Euro

ALF HAMMELRATH

* 8. Oktober 1937 † 7. Mai 2024

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von Alf Hammelrath, einem engagierten Bildungspolitiker, einem aufrichtigen Gewerkschafter und solidarischen Kollegen. Von 1982 bis 1989 war Alf Hammelrath Vorsitzender der GEW NRW. Nicht nur in dieser Zeit hat er die GEW NRW maßgeblich beeinflusst. Die positive Entwicklung seiner Gewerkschaft war ihm wichtig, deshalb hat er sich weiter eingebracht, den Diskurs nicht gemieden im Ringen um beste Lösungen.

Bei unserem diesjährigen Gewerkschaftstag wäre er als Delegierter dabei gewesen, in unseren Gedanken war er es!
Wir sind dankbar für alles, was Alf für die GEW NRW geleistet hat.

Ayla Çelik

Vorsitzende der GEW NRW

Gute Ergebnisse für Personalräte der GEW NRW

43 Prozent aller Personalrät*innen in den nordrhein-westfälischen Schulen werden von der GEW NRW gestellt. Das ist das Ergebnis der Personalratswahl 2024. Wir geben einen Überblick über die Platzverteilung für die verschiedenen Schulformen.

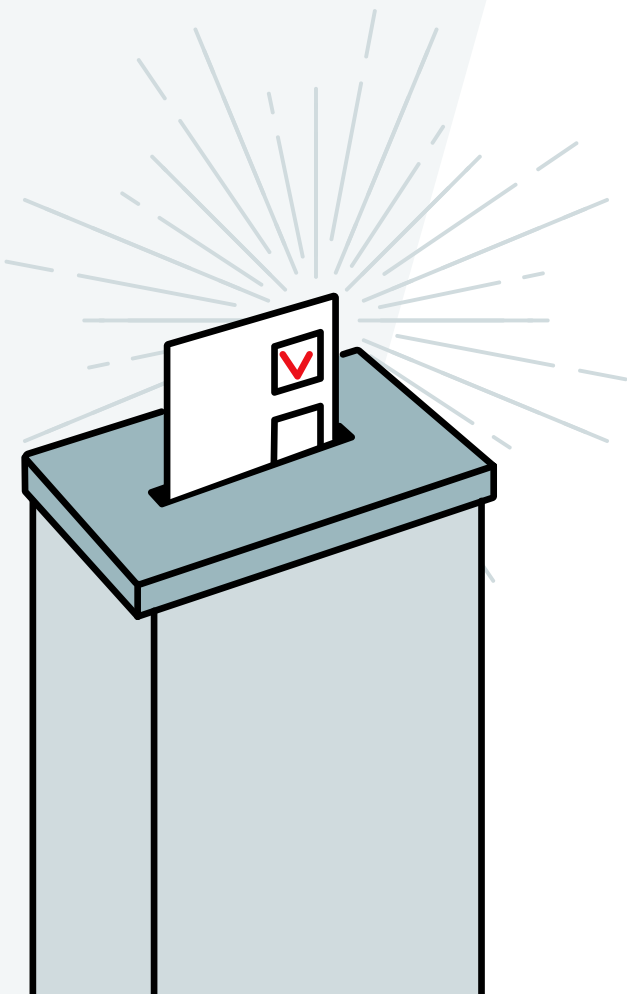
Insgesamt ist das Wahlergebnis für die GEW NRW ein großer Erfolg. Wir haben landesweit über alle Schulformen hinweg 38 Plätze hinzugewinnen können. Damit stellen wir in den kommenden vier Jahren auf allen Personalratsebenen und in allen Schulformen zusammen 595 Personalrät*innen – das sind gut 43 Prozent aller Personalrät*innen in den Schulen in NRW.

Danke schön an alle Wähler*innen und ehrenamtlich Engagierten

Dass wir diese hohen Zahlen erreicht haben, verdanken wir einerseits allen Landesbeschäftigten im Bildungsbereich an Schulen, die die Personalrät*innen der GEW NRW gewählt haben. Zeit dafür hatten sie bis zum 13. Juni 2024. Deshalb an dieser Stelle noch mal ganz ausdrücklich: Danke für eure Stimme, für das Vertrauen in unsere Personalrät*innen und in unsere Arbeit!

Genauso bedanken möchten wir uns andererseits bei unseren Kolleg*innen, die sich unermüdlich ehrenamtlich in der Wahlkampfphase engagiert haben. Als Mitmachgewerkschaft sind wir auf diese wichtige ehrenamtliche Arbeit der Kolleg*innen angewiesen. Danke für euer Engagement!

Blicken wir auf die Ergebnisse in den einzelnen Schulformen und für die verschiedenen Personalratsebenen, ergibt sich folgendes Bild:



Platzverteilung in den Hauptpersonalräten nach der Personalratswahl 2024 an Schulen



Grundschule



Hauptschule



Gesamt-, Sekundar-, PRIMUS-, Laborschule

SchaLL: 1
Lehrer NRW: 1



Förderschule/Klinikschule



Berufskolleg



Realschule

SchaLL: 1



Gymnasium/Weiterbildungskolleg

Grundschule:

uneinheitliches Bild

Die Ergebnisse der Grundschulpersonalräte sind wie schon in der Vergangenheit sehr unterschiedlich. Auf Bezirks- und Hauptpersonalratsebene haben sich die Ergebnisse von vor vier Jahren bestätigt. In allen diesen Personalräten stellt die GEW NRW weiter die Minderheitenfraktion.

Auf örtlicher Ebene fallen die Ergebnisse dagegen uneinheitlich aus. Insgesamt konnte die GEW NRW in 28 von 53 örtlichen Personalräten 33 Plätze hinzugewinnen. Gleichzeitig wurden in 10 Gremien 12 Plätze verloren.

Förderschule / Klinikschule:

Mehrheiten ausgebaut

Bei den Personalräten an Förderschul- und Klinikschulen konnte die GEW NRW ihre teils klaren Mehrheiten ausbauen. Während in den Bezirken Düsseldorf und Detmold insgesamt vier Plätze hinzugewonnen wurden, musste lediglich der Personalrat im Regierungsbezirk Münster einen Platz abgeben.

Gesamt-, Sekundar-, PRIMUS- und Laborschulen:

weiter klar in GEW-Hand

Auch in den integrierten Schulformen konnten alle Mehrheiten der GEW-Personalräte gehalten oder sogar ausgebaut werden. Sowohl der Personalrat im Bezirk Detmold als auch der im Bezirk Münster konnte jeweils zwei Plätze hinzugewinnen. Verluste gab es weder in den Bezirkspersonalräten noch im Hauptpersonalrat.

Hauptschule:

GEW NRW ist große Wahlgewinnerin

Ein sehr gutes Ergebnis haben bei dieser Wahl die Personalräte der Hauptschulen erzielt. Hier konnte in vier der fünf Bezirke jeweils ein Platz hinzugewonnen werden, nur in Detmold gingen bei der Verkleinerung des Gremiums beide wegfallenden Plätze zulasten der GEW NRW.

Im Hauptpersonalrat hat die GEW NRW dafür nach 2020 in diesem Jahr die absolute Mehrheit zurückerobern können.

>>

Realschule:

Erfolge mit kleinem Wermutstropfen

Leider hat die GEW NRW im Bezirk Münster im Personalrat für Realschulen einen Platz und damit die Mehrheit verloren. Im Gegensatz dazu konnte in den Bezirken Arnsberg, Detmold und Düsseldorf jeweils ein Platz hinzugewonnen werden und auch im Hauptpersonalrat stellt die GEW NRW nach einem Patt bei der Wahl im Jahr 2020 nun mit einem gewonnenen Platz wieder die größte Fraktion.

Gymnasium / Weiterbildungskolleg:

Erfolge trotz klarer Minderheiten

In den Personalräten für Gymnasien und Weiterbildungskollegs stellt die GEW NRW weiter sowohl auf Bezirks- als auch auf Ministeriumsebene die Minderheitenfraktionen. Trotzdem ist das Ergebnis der Wahl in diesen Schulformen ein großer Erfolg für die GEW NRW. Denn in den Bezirken Düsseldorf, Köln und Münster konnte auch aus der Rolle der deutlich kleineren Fraktion heraus jeweils ein Sitz hinzugewonnen werden.

Berufskolleg:

unveränderte Verhältnisse

Für Berufskollegs stellt die GEW NRW in den Personalräten weiterhin Minderheitenfraktionen. Insgesamt gab es in dieser Schulform kaum Verschiebungen im Vergleich zur Wahl 2020. Lediglich im Bezirk Düsseldorf konnte die GEW NRW bei der Vergrößerung des Gremiums um zwei Plätze einen dieser Plätze hinzugewinnen.

Insgesamt geringe Beteiligung an PR-Wahl

Neben der großen Freude über unsere erreichten Ergebnisse bereitet uns die sehr geringe Wahlbeteiligung Sorgen. Nur in den Grundschulen konnte eine Wahlbeteiligung von gut 55 Prozent erreicht werden. Alle anderen Schulformen bewegen sich bei einer Beteiligung von 34 bis 45 Prozent.

Interessen der Beschäftigten klar im Fokus der Personalratsarbeit

Für die Personalrät*innen der GEW NRW ist der Fokus in den nächsten vier Jahren ganz klar: Euer Anliegen ist unser Auftrag. Wir werden weiterhin zuhören und Sprachrohr sein. Denn die Herausforderungen und die Aufgaben, die auf die Bildungseinrichtungen zukommen, sind so komplex und so groß wie nie zuvor. Wir gehen davon aus, dass der eklatante Personalmangel in den Bildungseinrichtungen eine weitere Verschärfung der bereits belastenden Arbeitsbedingungen bedeuten wird. Wir werden für die Interessen der Beschäftigten kämpfen. Nur gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung für alle Beschäftigten können gute Bildung ermöglichen und für den dringend gebrauchten Fachkräftenachwuchs sorgen. //

Ayla Çelik

Vorsitzende der GEW NRW

Stephan Osterhage-Klingler

stellvertretender Vorsitzender

+ + +

Die Ergebnisse der PR-Wahl an Schulen für deinen örtlichen Personalrat sowie deinen Bezirks- und Hauptpersonalrat im Detail
personalratswahl-nrw.com

Bildung sichern: Demokratie stärken!

Wer an Bildung spart, schwächt langfristig unsere Demokratie. Nur wenn wir politische Bildung stärken, können wir menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Tendenzen langfristig etwas entgegensetzen. Deshalb forderten die rund 400 Delegierten, die am 25. Mai 2024 beim Gewerkschaftstag der GEW NRW in Bochum zusammenkamen, den Bildungshaushalt vom Landshaushalt zu lösen, um Bildung nachhaltig auskömmlich zu finanzieren. »





Ayla Çelik (l.), Vorsitzende der GEW NRW, begrüßte die rund 400 Delegierten im Bochumer RuhrCongress.

„Bildung und Demokratie gehen Hand in Hand. Demokratie ist nichts weniger als das Versprechen in eine gute Bildung! Wer an Bildung spart, schwächt langfristig unsere Demokratie. Gerade ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat muss dafür sorgen, dass die politische Handlungskompetenz der Heranwachsenden gestärkt wird. Weil die Bedrohung der Freiheit in Form von menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Tendenzen im Inland lauert.“

AYLA ÇELİK

Vorsitzende der GEW NRW



Vor 75 Jahren wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet, am 29. Mai 1949 das Grundgesetz verabschiedet. In Artikel 1 heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Im November 2023 treffen sich in einem Hotel in Potsdam AfD-Politiker*innen, Neonazis und finanzstarke Unternehmer*innen; sie kommen aus der Mitte der Gesellschaft, sind Ärzt*innen, Jurist*innen, Politiker*innen. Auch zwei CDU-Mitglieder sind darunter. Gemeinsam planen sie wie selbstverständlich die Vertreibung von Menschen aus Deutschland, sprechen von Remigration.

Daraufhin geht eine Protestwelle durch Deutschland: Alle sind entsetzt über so viel Rassismus und über die Entschlossenheit, Geschichte zu wiederholen. Doch längst ist Rassismus gesellschaftliche Realität. Trotz 75 Jahren Grundgesetz sind laut Mitte-Studie rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen mit völkisch-nationalem Narrativ in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Trotz 75 Jahren Grundgesetz grölen junge Leute auf Sylt rassistische Parolen in eine Handykamera und skandieren wie selbstverständlich „Deutschland den Deutschen“.

Ohne Bildung keine Demokratie – ohne Demokratie keine Bildung!

Parallel zu dieser Entwicklung beobachten wir, dass unsere Bildungseinrichtungen ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag schon seit Langem nicht mehr nachkommen können. Die Gründe sind schnell genannt: Jahrzehntelange bildungspolitische Fehlentscheidungen gepaart mit einer chronischen Unterfinanzierung sorgen dafür, dass notwendige Ressourcen nicht zur Verfügung gestellt werden und die Beschäftigten zu Mangelverwalter*innen gemacht werden. Der eklatante Lehr- und Fachkräftemangel verschärft die Bildungskrise und den sozialen Spalt, weil dort, wo Armut herrscht, der Mangel am größten ist.

Als Bildungsgewerkschaft sind wir parteipolitisch unabhängig – das ist gut so, bedeutet aber nicht, dass wir wertneutral sind. Die Gleichwertigkeit aller Menschen ist für uns handlungsleitend! Indem wir die politische Handlungskompetenz von Kindern und Jugendlichen stärken, erreichen wir, dass sie Extremist*innen nicht auf den Leim gehen, dass sie als Wähler*innen verantwortungsbewusst handeln und antisemitische, rassistische, frauenverachtende sowie queerfeindliche Positionen nicht den Zugang in die Parlamente finden.

Auch deshalb stand unser Gewerkschaftstag unter dem Motto *Bildung sichern: Demokratie stärken!*. In Bochum sind wir zusammengekommen, um über unsere bildungspolitischen Forderungen für die nächsten Jahre zu sprechen. Dabei wurde der Fokus neben politischer Bildung, Chancengleichheit und Bildungsfinanzierung auf den Zusammenhang von Bildung und Demokratie gelegt. Wir können festhalten: Ohne Bildung keine Demokratie – ohne Demokratie keine Bildung!

>>

NEUE STELLVERTRETENDE VORSITZENDE

Der Vorstand der GEW NRW begrüßt ein neues Teammitglied: Der Gewerkschaftstag hat Caroline Lensing zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Bildungsgerechtigkeit ist der Gymnasiallehrerin aus dem Bezirk Düsseldorf äußerst wichtig – genau wie eine gerechte Bezahlung für alle Beschäftigten im Bildungsbereich. „Ich bin davon überzeugt, dass nur eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen den Fachkräftemangel in der Bildung beseitigen kann“, sagt Caroline Lensing. Seit 2011 setzt sie sich auch als Personalrätin für gute Arbeit ein.

In der GEW NRW ist Caroline Lensing seit 2008 aktiv, zuletzt im Vorstand der GEW im Rhein-Kreis Neuss sowie in den Leitungsteams des Fachgruppenausschusses Gymnasium und des Bezirksvorstands Düsseldorf. Die GEW NRW zukunftsfähig zu machen, ist der 57-Jährigen ein wichtiges Anliegen: „Wir müssen attraktiver werden für junge Kolleg*innen und sie für unsere Anliegen begeistern.“ Seit Beginn gehört Caroline Lensing deshalb zur Kommission Generationenwechsel. //





„Nie wieder!“ darf nicht nur ein Slogan bleiben, sondern muss unser aller Vermächtnis werden

Der Leitantrag mit dem Titel *Bildung sichern: Demokratie stärken!* fordert daher eine Loslösung des Bildungshaushaltes vom Landeshaushalt, um Bildung nachhaltig auskömmlich zu finanzieren, und fokussiert eine Stärkung politischer Bildung. Bildung und Demokratie sind zwei Seiten derselben Medaille, denn Demokratie ist nichts weniger als das Versprechen in eine gute Bildung! Und gute Bildung ist nichts weniger als die Voraussetzung zur gleichberechtigten Teilhabe und für ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit, welches nur in einer Demokratie gelebt werden kann. Wer also an Bildung spart, schwächt langfristig unsere Demokratie.

Gerade in Anbetracht der gesellschaftlichen Destabilisierungstendenzen von rechts, dem Erstarren der AfD und der Zunahme rechter Tendenzen soll unser Leitantrag aus Bochum Weckruf und Mahnung gleichermaßen sein. Der Weckruf für die politischen Entscheider*innen, Bildung endlich krisen- und zukunftssicher aufzustellen und über gute Bildung den Destabilisierungstendenzen zu trotzen. Die Mahnung, nicht länger zu hadern, sondern mutig und entschlossen in gute Bildung zu investieren, um das Versagen des Bildungssystems abzuwenden und Demokratie am Leben zu erhalten. Damit „Nie wieder!“ nicht nur ein Slogan bleibt, sondern unser aller Vermächtnis wird. Wir können den Anfängen nicht wehren, wenn wir gute Bildung – vor allem gute politische Bildung – nicht für alle Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ermöglichen.

Unsere nun gefassten Beschlüsse werden für uns handlungsleitend sein. Ihre Kernbotschaft ist: Die chronische Unterfinanzierung der Bildung und die politisch etablierte, geduldete Mangelverwaltung in unseren Bildungseinrichtungen sind nicht länger tragbar. Ob über unsere ehrenamtlichen Strukturen in den Stadtverbänden oder auf der Landesebene – wir werden wie gewohnt schlagkräftig unsere Themen in den politischen Diskurs einbringen. Auch deshalb ist es für uns unbedingt wichtig, im Bereich gewerkschaftlicher Gestaltungsmacht und des ehrenamtlichen politischen Engagements unser Potenzial zu stärken! //

Ayla Çelik

Vorsitzende der GEW NRW



Der Gewerkschaftstag beriet über rund 60 Anträge. Neben den inhaltlichen Debatten wurde außerdem gewählt: Vorsitzende Ayla Çelik (r.) und ihr Stellvertreter Stephan Osterhage-Klingler (l.) begrüßten Caroline Lensing (Mitte) als neue Stellvertreterin im Vorsitz der GEW NRW.





DIE WICHTIGSTEN BESCHLÜSSE: KLARE FORDERUNGEN FÜR ZUKUNFTSFÄHIGE BILDUNG

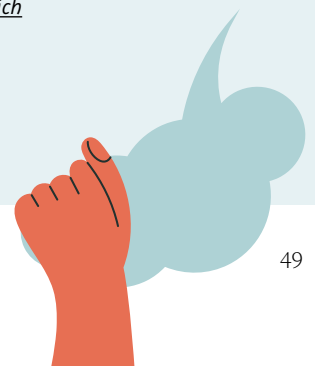
Mit den Beschlüssen des Gewerkschaftstags stellt die GEW NRW die Weichen für ihre politische Arbeit in den kommenden zwei Jahren. Zu den Kernthemen der Beschlüsse gehören Bildungsfinanzierung und Chancengleichheit.

Mit dem Beschluss *Ungleiches ungleich behandeln, nicht nur auf dem Papier!* fordert die GEW NRW eine eigene Haushaltsstelle für den schulscharfen Sozialindex. Damit der Sozialindex tatsächlich als Steuerungsinstrument wirken kann, sind über 2.000 zusätzliche Stellen nötig. Im aktuellen Haushalt stehen für die schulscharfe Steuerung jedoch noch nicht einmal 400 Stellen zur Verfügung. „Wer Ungleiches wirklich ungleich behandeln will, muss hier nachsteuern“, fordert Ayla Çelik von der Landesregierung. Soll der Sozialindex eine Maßnahme hin zu mehr Chancengleichheit sein, muss er im Haushalt deutlich gestärkt werden.

Die Kapitalisierung unbesetzter Lehrer*innenstellen fordert der Beschluss mit dem Titel *Kapitalisierung*. Für unbesetzte Lehrer*innenstellen, sind im Haushalt Gelder hinterlegt. Diese sollen nach Auffassung der Bildungsgewerkschaft nicht in den gesamten Haushalt zurückfließen, sondern für die Schulen verwendet werden können. Aktuell fließen jährlich circa 450.000.000 Euro ungenutzt zurück – Geld, mit dem sich die nordrhein-westfälische Bildungslandschaft gut weiterentwickeln ließe. „Unbesetzte Stellen sollten nicht für Einsparungen herhalten“, warnt Ayla Çelik. //

Alle Beschlüsse des Gewerkschaftstags stehen Mitgliedern in Kürze online zur Verfügung:

gew-nrw.de/mitgliederbereich



Hallo, ich bin Rainer.

„Lernen ist wie schwimmen gegen den Strom – wenn man damit aufhört, treibt man zurück.“



Mein Name und Alter:

Rainer Kriegel, 53 Jahre

Heute arbeite ich als:

Primarstufenlehrer

Das wollte ich als Kind immer werden:

Krankenwagenfahrer

Das sind meine Hobbys:

Freunde treffen und mit ihnen essen gehen, kochen, ins Kino gehen oder die Oper besuchen

So würde ich mich mit drei Worten beschreiben:

zugewandt, verbindlich und hartnäckig

Aus diesem Grund bin ich Mitglied geworden:

Ich bin 1996 Mitglied geworden, weil in meinen Augen nur eine aktive und starke Gewerkschaft etwas bewirken kann und der Rechtsschutz hilfreich ist.

Das verbindet mich mit der GEW NRW:

Meine Arbeit als Mitglied im Ausschuss für Tarifpolitik NRW, im Leitungsteam der Fachgruppe Grundschule und des Arbeitskreises Tarif im Stadtverband Wuppertal. In diesen Gremien setze ich mich besonders für die Angelegenheiten der tarifbeschäftigten Kolleg*innen ein.

Das bedeutet Gewerkschaft für mich:

Interessenvertretung von Arbeitnehmer*innen und Solidargemeinschaft

Mein schönstes GEW-Erlebnis:

Immer wieder mit Kolleg*innen in den Tarifkampf gehen und streiken!

Impressum

lautstark. – ISSN 0720-9673

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW
Nünningstraße 11, 45141 Essen

Redaktion

Vanessa Glaschke, Anja Heifel-Rohden
Stefan Brackertz, Sabine Flögel (verantwortliche
Redakteur*innen)

E-Mail der Redaktion

redaktion@lautstark-magazin.de
leserbrief@lautstark-magazin.de

Layout, Design, Illustration und Bildredaktion

büreau – raum für gestaltung

Layout und Satz des Onlinemagazins

büreau – raum für gestaltung, Alica Kronenberg

Lektorat

Ulrike Dorgeist, Annette Gillich-Beltz, Silvia Michel

GEW-Landesgeschäftsstelle

Nünningstraße 11, 45141 Essen
Telefon: 0201 2940301, Fax: 0201 2940351
E-Mail: info@gew-nrw.de

Redaktion und Verlag

Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft mbH
Nünningstraße 11, 45141 Essen
Geschäftsführung: Martin Bens
Telefon: 0201 2940306, Fax: 0201 2940314
E-Mail: office@nds-verlag.de

Anzeigen

Sabine Biermann
Telefon: 0201 2940306
E-Mail: sabine.biermann@nds-verlag.de

Druck und Versand

L. N. Schaffrath GmbH & Co. KG Druck-Medien

Papier

Umschlag: Circle Volume White, 170 g / m²
Innenteil: Steinbeis Select, 100 g / m²

Auflage

46.000, Erscheinungsweise: 5 x jährlich

Für Mitglieder der GEW NRW ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Sie können die Printausgabe, beispielsweise aus ökologischen Gründen, jederzeit per Mail an info@gew-nrw.de abbestellen und stattdessen die Onlineveröffentlichung unter lautstark-magazin.de nutzen. Erfüllungsort und Gerichtsstand sind in Essen.

**Der Jahres-Abo-Preis außerhalb der
GEW-Mitgliedschaft beträgt 37,50 Euro.**

Bestellung: office@nds-verlag.de

Mit Namen gekennzeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der GEW NRW oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich bei allen Veröffentlichungen Kürzungen vor. Die Einsendung von Beiträgen muss vorher mit der Redaktion verabredet werden. Unverlangt eingesandte Bücher und Beiträge werden nur zurückgesandt, wenn dies gewünscht wird.

Titelbild: freepik.com

lautstark-magazin.de
gew-nrw.de
nds-verlag.de

lautstark.

DIE NEUE AUSGABE ERSCHEINT AM

3. SEPTEMBER 2024

Ökonomisierung und Lobbyismus: Der Wert von Bildung

In der nächsten Ausgabe fragen wir, wie Wirtschaftsverbände und Unternehmen Einfluss auf den Bildungsbereich nehmen: Wie platzieren Organisationen, Unternehmen, Verbände und Stiftungen ihre Themen und Produkte in Kitas und Schulen? Welche (Bildungs-)Ziele verfolgen sie? Wie können Lehrkräfte Lobbyismus erkennen? Brauchen wir ein Schulfach Wirtschaft oder etwas völlig anderes? Und was sagt die zunehmende Ökonomisierung von Bildung über unsere Gesellschaft und ihre Werte?

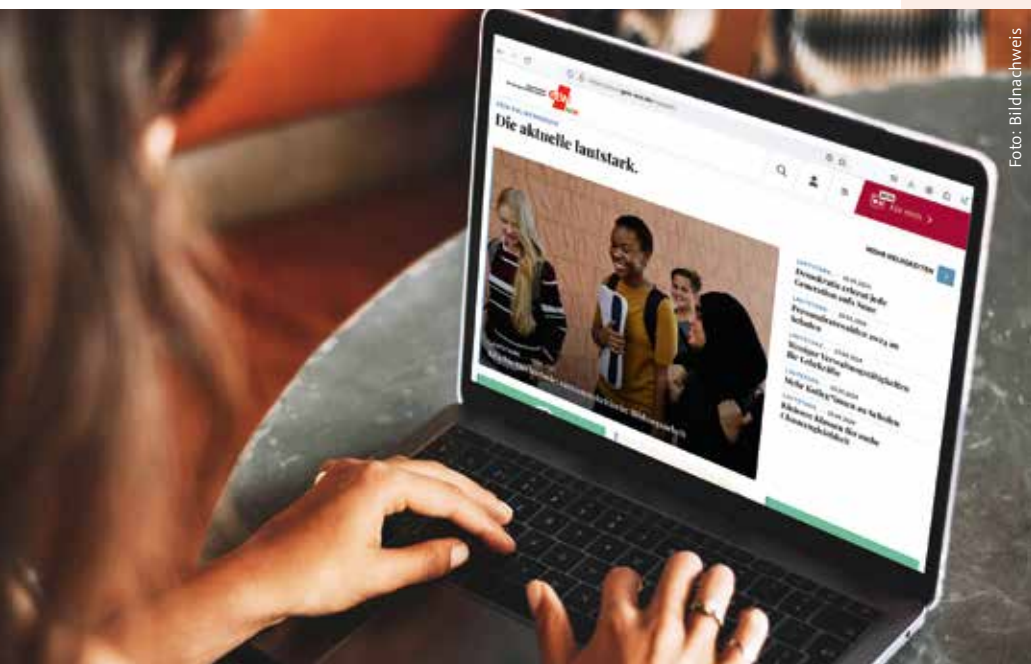


www.blauer-engel.de/uz195

Dieses Druckprodukt wurde mit dem
Blauen Engel ausgezeichnet.

LF8

WIR SIND UMGEZOGEN! DEIN NEUES ONLINEMAGAZIN



FRISCHER ALS DRUCKFRISCH

Dein *lautstark.*-Onlinemagazin hat sich frisch gemacht: Du findest uns ab sofort auf der Website der GEW NRW. Lies alle Beiträge in der verbesserten Web-Ansicht und sichere dir als Mitglied exklusiv das komplette Magazin als PDF.

Online erscheint die *lautstark.* übrigens schon freitags – noch bevor sich das gedruckte Magazin auf den Weg zu dir macht. Frischer geht's nicht.

***lautstark.* DEIN MITGLIEDERMAGAZIN jetzt online lesen!**

gew-nrw.de/magazin 